

Nomos PRAXIS

Buchmann | Kroschwald [Hrsg.]

# Das neue Schuldrecht

Widerrufsbutton | Verbraucherdarlehen  
Finanzdienstleistungen | Recht auf Reparatur  
Sanktionen



Nomos

Nomos**PRAXIS**

Prof. Dr. Felix Buchmann

Prof. Dr. Steffen Kroschwald [Hrsg.]

# Das neue Schuldrecht

Widerrufsbutton | Verbraucherdarlehen  
Finanzdienstleistungen | Recht auf Reparatur  
Sanktionen

RA Prof. Dr. Felix Buchmann, Hochschule Pforzheim | Prof. Dr. Svenja Buckstegge, Hochschule Pforzheim | RA Dr. Nico Holtkamp, Hamburg | Prof. Dr. Steffen Kroschwald, LL.M., Hochschule Pforzheim | RA Sven Luckert, FAArbR, Stuttgart | RAin Chiara Panfili, LL.M. (Berlin), Stuttgart | Ass. jur. Teresa Rewitzer, Kehl | Jochen Riehle, LL.M., Universität Kassel | Dr. Patrik Schmidt, LL.M., Vaihingen an der Enz | RAin Tanya Stariradef, Köln | Prof. Dr. Sascha Stiegler, LL.M., Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin | RAin Dr. Johanna Voget, LL.M., Stuttgart | Ass. Jur. Felicitas Wühler, Kehl



**Nomos**

**Zitiervorschlag:** Buchmann/Kroschwald Neues SchuldR/Bearbeiter § ... Rn. ...

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-2036-2 (Print)

ISBN 978-3-7560-5576-0 (ePDF)

1. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Vorwort

Das Verbraucherrecht ist im steten Wandel. Die neuen Vorgaben der Europäischen Union zu Verbraucherkreditverträgen, die Reform der Bedingungen für Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen, die Einführung eines Widerrufsbuttons für alle im elektronischen Rechtsverkehr abgeschlossenen Fernabsatzverträge und nicht zuletzt das Recht auf Reparatur verändern das verbraucherrechtliche Grundgerüst maßgeblich.

Dieses Handbuch soll insbesondere der Praxis in der Anwaltschaft und den Justiziarinnen von Unternehmen ein Begleiter sein, der die grundlegenden Modernisierungen des deutschen Vertrags- und Verbraucherrechts durch die jüngste Umsetzung zentraler EU-Richtlinien verständlich und strukturiert mit Hinweisen zur Umsetzung in der Praxis darstellt. Die neuen Regelungen dienen zwar den Verbrauchern, richten sich aber in erster Linie an die Unternehmen. Sie und ihre Berater sind gefordert, die neuen Vorgaben schnell und passgenau umzusetzen. Gerade die Einführung des Widerrufsbuttons, die Einschränkung des „ewigen Widerrufsrechts“ bei Finanzdienstleistungen, die verschärfte Kreditwürdigkeitsprüfung sowie die erweiterten Herstellerpflichten zur Reparatur von Waren werden die täglichen Herausforderungen im Vertragsrecht und bei der Wahrung der Verbraucherrechte nachhaltig prägen. Die flankierenden Änderungen im Versicherungsvertragsrecht und Datenschutzrecht unterstreichen die Vielschichtigkeit der Reform.

Mit diesem Werk bieten wir frühzeitig und zeitnah zur Verabschiedung der neuen gesetzlichen Vorgaben eine Hilfestellung, die den notwendigen Vorlauf für die praktische Anwendung schafft. Die Systematik des Buches, ergänzt um zahlreiche Praxishinweise, soll den schnellen Zugang ermöglichen und einen Beitrag zur praktischen Umsetzung der neuen Vorschriften in einem dynamisch fortentwickelten Rechtsgebiet leisten.

Ein besonderer Dank gilt allen Autorinnen und Autoren. Nur durch ihre spontane Bereitschaft, an einem solchen Werk mitzuwirken, wurde dieses Vorhaben möglich. Besonders freuen wir uns, dass wir ein für ein solches Werk recht junges und engagiertes Team aus Wissenschaft und Praxis gewinnen konnten.

Unser Dank gilt auch dem Verlag und namentlich Herrn Frank Michel, der die bemerkenswert rasche Umsetzung durch seine großartige Unterstützung dieses Projekts ermöglicht und uns dafür sein Vertrauen geschenkt hat.

Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche und gewinnbringende Lektüre sowie viel Erfolg bei der praktischen Umsetzung der neuen Regelungen. Über Anregungen, Kritik und Denkanstöße für eine weiterführende Diskussion freuen sich alle Autorinnen und Autoren!

Pforzheim im Januar 2026

Felix Buchmann

Steffen Kroschwald

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis .....	19
<b>§ 1 Allgemeines und Informationspflichten im Verbrauchervertrag</b> ( <i>Kroschwald</i> ) .....	31
A. Überblick über die Neuregelungen und Einordnung .....	31
B. Hintergrund .....	33
C. Neuregelungen im Einzelnen .....	33
I. Erweiterte Informationspflichten bei Werbeanrufen .....	33
II. Gewährleistungs- sowie Garantieinformationen und -label .....	35
1. EU-Richtliniengrundlage .....	35
2. Nationale Umsetzung .....	35
3. Besondere Anforderungen .....	36
III. Information über die Mindestdauer von Softwareaktualisierungen .....	38
1. Aktualisierungspflicht nach WKRL und DIRL .....	38
2. Softwareaktualisierung nach EmpCo-RL .....	38
3. Information über Mindestdauer von Softwareaktualisierungen .....	39
4. Verhältnis zwischen Aktualisierungspflicht und Angaben zur Softwareaktualisierung .....	39
5. Einschränkungen .....	41
IV. Reparierbarkeitswert und weitere Reparaturinformationen .....	41
1. Nach harmonisierten Anforderungen ermittelter Reparierbarkeitswert .....	42
2. Andere relevante Reparaturinformationen .....	42
V. Informationen zu umweltfreundlichen Lieferoptionen .....	43
VI. Weitere Änderungen bei Informationspflichten .....	43
D. Fazit .....	44
<b>§ 2 Der neue Widerrufsbutton</b> ( <i>Buchmann</i> ) .....	45
A. Überblick über die Neuregelung .....	45
B. Hintergrund und Einordnung .....	46
C. Die Neuregelung im Einzelnen .....	48
I. Der Widerrufsbutton im deutschen Recht .....	48
1. Überblick .....	48
2. Die „Widerrufsfunktion“ (§ 356a Abs. 1 BGB nF) .....	48
a) Anwendungsbereich .....	48

b) Adressat der Verpflichtung .....	49
c) Gestaltung der Widerrufsfunktion .....	50
d) Ort der Widerrufsfunktion .....	51
e) Zeitraum des Vorhaltens der Widerrufsfunktion .....	53
3. Widerrufsprozess (§ 356a Abs. 2 und Abs. 3 BGB nF) .....	55
a) Bedeutung der Widerrufsfunktion (§ 356a Abs. 2 BGB nF) ...	55
b) Bereitstellung von Informationen durch den Verbraucher (§ 356a Abs. 2 BGB nF) .....	56
aa) Allgemeine Hinweise .....	56
bb) Name des Verbrauchers .....	57
cc) Angaben zur Identifizierung des Vertrags .....	58
dd) Angaben zum elektronischen Kommunikationsmittel ...	59
ee) weitere Informationen .....	61
c) Bestätigungsfunktion (§ 356a Abs. 3 BGB nF) .....	61
4. Eingangsbestätigung (§ 356a Abs. 4 BGB nF) .....	63
5. Einhaltung der Widerrufsfrist (§ 356a Abs. 5 BGB nF) .....	64
II. Vergleich mit dem Kündigungsbutton .....	65
III. Vergleich mit dem Bestellbutton .....	67
IV. Informationen .....	69
V. Sanktionen .....	70
VI. Umsetzung in der Praxis .....	70
1. Zugang zur Widerrufsfunktion .....	70
2. Platzierung der Widerrufsfunktion .....	70
3. Vorhaltdauer der Widerrufsfunktion .....	72
4. Ausgestaltung der Widerrufsfunktion .....	72
a) Bereitstellung der Informationen .....	72
b) Bestätigungsfunktion .....	73
c) Eingangsbestätigung .....	73
5. Belehrung über die Widerrufsfunktion .....	74
D. Ausblick .....	74
<b>§ 3 Verbraucherverträge über Finanzdienstleistungen (Luckert).....</b>	<b>76</b>
A. Überblick über die Neuregelung und Einordnung .....	76
B. Hintergrund .....	76
I. Ewige Widerrufsmöglichkeit bei Verträgen über Finanzdienstleistungen .....	76
II. Informationspflichten bei Außergeschäftsraum- und Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen .....	77
C. Neuregelungen im Einzelnen .....	77

---

I. Erlöschensfrist bei Verträgen über Finanzdienstleistungen .....	77
II. Informationspflichten bei Außergeschäftsraum- und Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen .....	78
1. Inhalt der Information .....	78
a) Informationen zum Unternehmer .....	79
b) Informationen zur Finanzdienstleistung .....	81
c) Informationen zum Widerrufsrecht und zu Vertragsklauseln .....	82
d) Informationen zu Rechtsbehelfen und anderen Abhilfemaßnahmen .....	83
2. Einschränkung bei einem Vertragsschluss am Telefon .....	84
3. Formale Anforderungen .....	84
a) Sprache und Barrierefreiheit .....	84
b) Kein Anspruch auf Vertragsbedingungen in Papierform .....	85
c) Schichtungsmöglichkeit bei elektronischer Bereitstellung ...	85
4. Erinnerungspflicht bei einem Fernabsatzvertrag .....	86
5. Erläuterungspflicht bei einem Fernabsatzvertrag .....	87
III. Widerrufsfrist bei unentgeltlichen Darlehensverträgen und unentgeltlichen Finanzierungshilfen .....	88
<b>§ 4a Verbraucherdarlehensverträge: Anwendungsbereich (Stiegler) .....</b>	<b>89</b>
A. Einleitung .....	89
B. Europäischer Hintergrund .....	90
C. Begriff des Kreditvertrags .....	92
D. Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge .....	93
I. Unentgeltliche Darlehensverträge .....	94
II. Kleinstdarlehen .....	95
III. Kurzfristige Darlehen .....	96
IV. Konsequenzen für sog. Buy now, pay later-Modelle .....	98
V. Ausnahmen für Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge und Immobilienverzehrcreditverträge .....	101
VI. Weitere Ausnahmen im Überblick .....	102
E. Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge .....	104
F. Anwendung auf Zahlungsaufschübe und Finanzierungshilfen – Überblick .....	105
G. Anwendung auf Teilzahlungsgeschäfte – Überblick .....	106

<b>§ 4b Verbraucherdarlehensverträge: Vertragsschluss, Form und Änderung</b> (Holtkamp) .....	107
A. Vertragsschluss, Form und Änderung – Überblick über die Neuregelungen und Einordnung .....	108
B. Neuregelungen im Einzelnen .....	109
I. Textform statt Schriftform .....	109
1. Überblick .....	109
2. Anforderungen der Textform .....	110
a) Lesbare Erklärungen auf dauerhaftem Datenträger .....	110
b) Anforderungen an den Vertragsschluss .....	110
aa) Urkundeneinheit .....	110
bb) Beiderseitige Textform .....	111
cc) Mediengleichheit .....	112
dd) Praxiserwägungen .....	112
c) Inhaltliche Reichweite .....	112
aa) Formbedürftige Vertragsbestandteile .....	113
bb) Vertragsänderungen .....	113
cc) Mitverpflichtung Dritter .....	114
3. Rechtsfolgen bei Formmängeln .....	115
II. Vertragsschluss unter Verwendung auswählbarer Optionen .....	115
1. Überblick .....	115
2. Anwendungsbereich .....	116
a) Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge .....	116
b) Optionen / Kästchen .....	116
c) Erklärungen zum Abschluss des Vertrags .....	116
d) Erklärungen zum Vertragsschluss über Zusatzleistungen .....	117
3. Verwendung auswählbarer Optionen (Satz 2) .....	118
a) Überblick .....	118
b) Konkretisierung .....	118
aa) Hinweis auf Inhalt und Wesensgehalt .....	118
bb) Eindeutiges und unmissverständliches Einverständnis ...	120
c) Rechtsfolgen bei Verstoß .....	121
aa) Verstoß gegen die Hinweispflicht .....	121
bb) Unzureichende Zustimmungserklärung .....	122
4. Speziell: Verwendung voreingestellter Optionen (Satz 1) .....	122
III. Verschärfte Formanforderungen für Erklärungen nach Vertragsschluss .....	123
1. Überblick .....	123
2. Anwendungsbereich .....	123

3.	Formanforderung des § 492 Abs. 5 S. 2 BGB-E .....	124	
a)	Papierform / anderer dauerhafter Datenträger .....	124	
b)	Vertragliche Festlegung des anderen dauerhaften Datenträgers .....	125	
c)	Festlegungsfolgen .....	125	
4.	Rechtsfolgen .....	125	
IV.	Zurverfügungstellen nicht angeforderter Geldmittel .....	126	
1.	Überblick .....	126	
2.	Tatbestandsvoraussetzungen .....	127	
a)	Geldmittel .....	127	
b)	Zurverfügungstellen .....	127	
c)	Fehlende vorherige Anforderung/Zustimmung .....	128	
aa)	Vorherige Anforderung .....	128	
bb)	Ausdrückliche Zustimmung .....	128	
cc)	Einzelfragen .....	129	
(1)	Allgemeine Geschäftsbedingungen .....	129	
(2)	Konkrete vertragliche Option auf Vertragsänderung .....	129	
3.	Rechtsfolgen .....	130	
a)	Ausschluss vertraglicher Ansprüche .....	130	
b)	Ausschluss gesetzlicher Ansprüche .....	131	
c)	Ausnahmen .....	132	
V.	Missbräuchlicher effektiver Jahreszinssatz .....	133	
1.	Überblick .....	133	
2.	Missbrauchstatbestand .....	134	
a)	Effektiver Jahreszinssatz .....	134	
b)	Auffälliges Missverhältnis .....	134	
3.	Rechtsfolgen .....	135	
VI.	Erweitertes Verbot von Kopplungsgeschäften .....	136	
1.	Überblick .....	136	
2.	Umfang des erweiterten Kopplungsverbots .....	136	
3.	Ausnahmen .....	138	
4.	Rechtsfolgen .....	139	
C.	Fazit .....	140	
<b>§ 4c Verbraucherdarlehensverträge und Finanzierungshilfen:</b>			
<b>Zahlungsrückstand; Vorzeitige Rückzahlung;</b>			
<b>Überziehungsmöglichkeiten (§§ 497a–505 BGB nF) (Riehle) .....</b>			141
A.	Überblick und Einordnung .....	143	
B.	Rechts-/Ausgangslage vor Änderung .....	145	

Inhaltsverzeichnis

---

C. Neuregelungen im Einzelnen .....	146
I. Zahlungsrückstand, §§ 497a, 498, 504a Abs. 2 S. 1, 505 Abs. 2 S. 2 BGB-E .....	146
1. Verweisungspflicht, §§ 497a Abs. 1, 504a Abs. 2 S. 1, 505 Abs. 2 S. 2 BGB-E .....	147
a) Finanzielle Schwierigkeiten .....	147
b) Leicht zugängliche Beratungsstellen .....	150
c) Sonderfall: Verweisung bei Überziehungsberatung .....	155
2. Nachsichtspflicht, §§ 497a Abs. 2–4, 498 Abs. 1 S. 3 BGB-E .....	156
a) Strategien, Verfahren, Einflussfaktoren, Ziel .....	156
b) Nachsichtsmaßnahmen .....	158
c) Folgen der Nachsichtsgewährung .....	159
d) Sonderfall: Nachsicht bei Gesamtfälligkeit .....	159
II. Vorzeitige Rückzahlung, §§ 500–502 BGB-E .....	160
1. Kündigungsrecht des Darlehensnehmers und vorzeitige Rückzahlung, § 500 BGB-E .....	160
2. Kostenermäßigung, § 501 BGB-E .....	162
a) Einführung des Darlehensbegriffs .....	162
b) Berechnung der Gesamtkostenermäßigung .....	162
3. Vorfälligkeitsentschädigung, § 502 BGB-E .....	164
III. Überziehung .....	164
1. Eingeräumte Überziehungsmöglichkeit, § 504 BGB-E .....	164
a) Informationspflicht bei eingeräumter Überziehungsmöglichkeit .....	164
b) Kündigungsrecht des Darlehensgebers .....	165
c) Entfernung der Erleichterungen des § 504 Abs. 2 BGB-aF .....	165
d) Informationspflicht bei (Teil-)Kündigung .....	166
e) Stundungspflicht vor Zwangsvollstreckung .....	166
2. Geduldete Überziehungsmöglichkeit, § 505 BGB-E .....	167
a) Informationspflicht bei geduldeter Überziehungsmöglichkeit .....	167
b) Informationspflicht bei anhaltender erheblicher Überziehung .....	168
c) Pflicht zum Beratungsangebot .....	168
d) Bereichsausnahmen, Entsprechungen und Modifikationen bei geduldeter Überziehung .....	169

<b>§ 4d Verbraucherdarlehensverträge: Kreditwürdigkeitsprüfung</b> (§§ 505a–505d BGB; § 18a KWG) (Schmidt) .....	171
A. Überblick über die Neuregelungen und Einordnung .....	171
B. Hintergrund .....	172
C. Neuregelungen im Einzelnen .....	173
I. § 505a BGB nF – Anforderungen an Darlehensvergabe .....	173
1. Abschlussverbot iF negativer Kreditwürdigkeitsprüfung .....	173
2. Pflichten bei Nichtabschluss infolge negativer Kreditwürdigkeitsprüfung .....	174
3. (Keine) erneute Kreditwürdigkeitsprüfung bei Erhöhung des Nettodarlehensbetrags .....	176
II. § 505b BGB nF .....	177
1. Grundlegende Informationen und Datenschutz bei Kreditwürdigkeitsprüfungen .....	177
2. Abfragen aus Datenbanken und Verbot von Daten aus sozialen Netzwerken .....	179
III. § 18a KWG – Verbraucherdarlehen und Finanzierungshilfen .....	179
1. Regelungen analog §§ 505a und § 505b BGB nF .....	180
a) Anforderungen an Darlehensvergabe: Abschlussverbot .....	180
b) Kreditwürdigkeitsprüfung bei mehreren Darlehensnehmern .....	180
c) Erneute Kreditwürdigkeitsprüfung bei Erhöhung des Darlehensbetrags .....	180
d) Abfragen aus Datenbanken und Verbot von Daten aus sozialen Netzwerken .....	180
e) Grundlegende Informationen der Kreditwürdigkeitsprüfung .....	181
f) Festlegung der Verfahren und Angaben der Kreditwürdigkeitsprüfung .....	181
2. Kenntnisse und Fähigkeiten der Mitarbeiter bei Allgemein- Verbraucherdarlehen .....	181
3. Verfahren und Strategien zur Identifikation von Darlehensnehmern in finanziellen Schwierigkeiten .....	182
IV. BDSG .....	183
1. Auskunfteien: Datenschutz bei Auskunftsanfragen von Darlehensgebern .....	183
2. Datenbanken von Auskunfteien: Inhaltsanforderungen und Auskunftspflichten .....	185
3. Verbot besonderer Kategorien personenbezogener Daten und solcher aus sozialen Netzwerken .....	185

4. Rechte und Pflichten bei automatisierter Datenverarbeitung im Rahmen von Kreditwürdigkeitsprüfungen .....	186
5. Automatisierte Kreditwürdigkeitsprüfung: Informationspflicht nach Ablehnung .....	188
6. Verfahren von Auskunfteien zur besseren Wahrnehmung der Rechte der DSGVO .....	188
D. Fazit .....	188
<b>§ 4e Finanzierungshilfen; Teilzahlungsgeschäfte, Ratenlieferung, unentgeltliche Darlehensverträge (§§ 506–510; 514 f.; 655a BGB) (Wähler/Rewitzer) .....</b>	<b>190</b>
A. Einleitung .....	191
B. Hintergrund .....	192
C. Neuerungen im Einzelnen .....	193
I. Zahlungsaufschub und sonstige Finanzierungshilfen .....	193
1. Entfallen des Kriteriums der Entgeltlichkeit .....	193
2. Kauf auf Rechnung .....	193
a) Ausnahmemöglichkeiten in der VKRL .....	194
b) Deutsche Umsetzung .....	194
c) Auswirkung auf gängige rechtliche Gestaltungen .....	195
aa) Kauf auf Rechnung im Zweiparteien-Verhältnis .....	195
bb) Sicherungsabtretung an Lieferanten .....	195
cc) Factoring .....	196
dd) Plattformen .....	197
3. Leasingrecht .....	197
a) Grundlagen .....	197
aa) Rechtliche Einordnung .....	198
bb) Folgen der Erweiterung des Anwendungsbereichs .....	198
b) Finanzierungsleasing .....	199
aa) Erweiterung des Anwendungsbereichs .....	199
bb) Auswirkungen der Erweiterung des Anwendungsbereichs .....	200
c) Null-Leasing-Verträge .....	201
d) Kilometerleasing .....	202
e) Operating-Leasing .....	202
f) Sale-and-Lease-back-Verträge .....	203
4. Debitkarten mit Zahlungsaufschub („charge cards“) .....	203
a) Rechtliche Ausgangslage .....	203
b) Umsetzung und Folgen .....	204

5. Erlaubnispflicht des § 34k GewO für die gewerbsmäßige Vermittlung von Finanzierungshilfen .....	205
6. Entgeltliche Stundungen .....	205
II. Teilzahlungsgeschäfte .....	205
1. Anwendbarkeit der Verbraucherdarlehensvorschriften .....	205
2. Ausnahme .....	205
3. Anpassung des § 507 BGB im Zuge der Umsetzung der VKRL .....	206
4. Folgen der Anpassung für die Praxis .....	206
5. Widerrufsrecht .....	207
III. Ratenlieferungsverträge .....	207
IV. Unentgeltliche Darlehensverträge .....	207
1. Änderungen unentgeltliche Darlehensverträge betreffend .....	207
2. Folgen der Aufhebung des § 514 BGB .....	208
3. Zinslose Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge .....	208
V. Darlehensvermittlung, § 655a BGB .....	209
1. Aktuelle Rechtslage .....	209
2. Neuerungen .....	209
3. Folgen .....	210
D. Fazit .....	210
<b>§ 4f Verbraucherdarlehensverträge: Informations- und Transparenzpflichten</b> ( <i>Buckstegge</i> ) .....	211
A. Überblick über die Neuregelungen und Einordnung .....	211
B. Hintergrund .....	212
C. Neuregelungen im Einzelnen .....	213
I. Vorvertragliche Informationspflichten und Erläuterungen .....	213
1. Form, Zeitpunkt und Muster der vorvertraglichen Informationen bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen ...	213
2. Inhalt der vorvertraglichen Informationen bei Allgemein- Verbraucherdarlehensverträgen .....	215
3. Modifizierung der vorvertraglichen Informationspflichten .....	219
4. Erläuterungs- und Informationspflichten nach § 491a Abs. 3 und 5 BGB nF .....	221
II. Vertragsinhalte .....	222
1. Pflichtinhalte für Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge .....	222
2. Pflichtinhalte für Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge .....	226
3. Darstellung der Pflichtinhalte .....	226
4. Information über das Widerrufsrecht .....	226
5. Modifizierung der Vertragsinhalte .....	227

III. Informationspflichten während der Vertragslaufzeit .....	227
IV. Beratungsleistungen bei Verbraucherdarlehensverträgen .....	228
V. Allgemeine Informationspflichten und Diskriminierungsverbot ....	229
1. Allgemeine Informationspflichten .....	229
2. Diskriminierungsverbot .....	230
VI. Angaben in der Werbung .....	231
<b>§ 4g Widerrufsrecht bei Verbraucherdarlehen und</b>	
<b>-ratenlieferungen (Stariradef)</b> .....	233
A. Überblick über die Neuregelungen .....	234
B. Hintergrund .....	235
C. Neuregelungen im Einzelnen .....	236
I. Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge .....	236
1. Anwendungsbereich .....	236
a) Bagatell-, Kurzlaufzeit- und unentgeltliche Darlehen .....	236
b) Überziehungsmöglichkeiten und Umschuldungen .....	237
c) Weitere Ausnahmen .....	237
2. Informationen zum Widerrufsrecht .....	238
a) Vorvertragliche Informationen .....	238
b) Vertragliche Informationen .....	239
c) Muster mit Gesetzlichkeitsfiktion .....	240
d) Erinnerung an das Widerrufsrecht .....	242
3. Widerrufsfrist .....	243
a) Beginn und Dauer der Widerrufsfrist .....	243
b) Rechtsfolgen von Verstößen gegen die	
Informationspflichten .....	243
4. Erlöschen des Widerrufsrechts .....	244
5. Ausübung .....	247
a) Widerrufserklärung .....	247
b) Verwirkung und Rechtsmissbrauch .....	247
6. Rechtsfolgen .....	249
7. Rückabwicklung eines verbundenen Vertrags .....	249
a) Anwendungsbereich des § 358 Abs. 2 BGB .....	249
b) Verlängerung der Widerrufsfrist .....	249
c) Rückabwicklung .....	250
II. Finanzierungshilfen .....	251
1. Anwendungsbereich .....	251
2. Widerrufsfrist .....	252
3. Rückabwicklung .....	252

---

III. Ratenlieferungsverträgen .....	253
D. Fazit .....	253
<b>§ 5 Verbote, Bußgelder und Nebengesetze</b> ( <i>Voget</i> ).....	256
A. Überblick über die Neuregelungen und Einordnung .....	256
B. Hintergrund .....	257
C. Neuregelungen im Einzelnen .....	259
I. Verbote und Sanktionen .....	259
II. Änderungen im BDSG .....	260
1. Anforderungen für den Zugang zu Datenbanken .....	260
2. Informationen über Zahlungsrückstände des Verbrauchers .....	262
3. Verfahren zur Prüfung der Aktualität und Richtigkeit der Daten .....	263
4. Verbot der Verarbeitung spezieller personenbezogener Daten ...	263
5. Rechte der Betroffenen bei der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung .....	264
6. Informationspflicht bei Ablehnung des Kreditantrags und Ablehnung nach automatisierter Verarbeitung personenbezogener Daten .....	266
7. Beschwerdeverfahren .....	267
8. Anwendbarkeit .....	267
III. UWG.....	267
IV. GewO .....	269
1. Erlaubnispflicht .....	269
2. Weitere relevante Neuregelungen .....	272
3. Übergangsregelung zu § 34k GewO .....	272
V. VVG .....	273
D. Fazit .....	273
<b>§ 6 Recht auf Reparatur</b> ( <i>Panfili</i> ).....	275
A. Überblick über die Neuregelungen und Einordnung .....	275
B. Das Recht auf Reparatur de lege data .....	277
I. Reparaturpflicht des Verkäufers im kaufrechtlichen Gewährleistungsrecht .....	277
1. Der Reparaturanspruch im Rahmen der Nacherfüllung .....	277
2. Verjährung des Nacherfüllungsanspruchs .....	277
II. Kein Recht auf Reparatur außerhalb des kaufrechtlichen Gewährleistungsrechts .....	278
III. Anforderungen an die Reparierbarkeit bestimmter Waren .....	279

Inhaltsverzeichnis

---

C.	Neuregelungen im Einzelnen .....	279
I.	Das Europäische Formular für Reparaturinformationen .....	279
1.	Keine Verpflichtung zur Verwendung des Europäischen Formulars für Reparaturinformationen .....	280
2.	Inhalt des Europäischen Formulars für Reparaturinformationen .....	280
3.	Geltungsdauer und Vermutung der rechtskonformen Information .....	282
4.	Form und Zeitpunkt der Bereitstellung des Europäischen Formulars für Reparaturinformationen .....	283
II.	Reparaturverpflichtung .....	284
1.	Anwendungsbereich sowie Umfang und Dauer der Reparaturverpflichtung .....	285
a)	Sachlicher Anwendungsbereich .....	285
b)	Persönlicher Anwendungsbereich .....	286
c)	Umfang und Dauer der Reparaturverpflichtung .....	287
2.	Rechtsdogmatische Einordnung der Reparaturverpflichtung ....	288
3.	Reparaturbedingungen .....	290
a)	Kosten der Reparatur .....	290
b)	Dauer der Reparatur .....	291
c)	Bereitstellung von Ersatzwaren .....	291
d)	Bereitstellung überholter Waren bei Unmöglichkeit .....	292
4.	Preisgestaltung für Ersatzteile und Werkzeuge für Waren .....	292
5.	Ausschluss der Reparaturverpflichtung .....	292
6.	Information über Richtpreise und über die Reparaturverpflichtung .....	293
7.	Verbot der Behinderung von Reparaturen .....	294
8.	Abweichende Vereinbarungen .....	295
III.	Änderung der Warenkauf-Richtlinie .....	295
1.	Verlängerung des Gewährleistungs- bzw. Haftungszeitraums ....	295
2.	Auswirkungen auf den Mangelbegriff .....	297
3.	Bereitstellung von Ersatzwaren und von überholten Waren .....	298
IV.	Sonstige Maßnahmen zur Förderung des Rechts auf Reparatur ....	300
1.	Europäische Online-Plattform für Reparaturen .....	300
2.	Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Förderung der Reparatur .....	301
3.	Rechtsdurchsetzung .....	302
D.	Fazit .....	302
	Stichwortverzeichnis .....	303

## § 1 Allgemeines und Informationspflichten im Verbrauchervertrag

**Literaturverzeichnis:** *Brönneke/Schmidt/Willburger*, § 4 Warenkauf – Kaufrechtlicher Mangelbegriff und Digitalisierung im Verbrauchsgüterkaufrecht, in: *Brönneke/Föhlisch/Tonner* (Hrsg.), *Das neue Schuldrecht*, 1. Aufl. 2022 (zit. *Brönneke/Föhlisch/Tonner Neues SchuldR/Brönneke/Schmidt/Willburger*); *Hau/Poseck* (Hrsg.), *Beck Online-Kommentar BGB*, 76. Ed. 2025 (zit. *BeckOK BGB/Bearbeiter*); *Jauernig* (Hrsg.), *Bürgerliches Gesetzbuch: BGB*, 19. Aufl. 2023 (zit. *Jauernig/Bearbeiter BGB*); *Kramme*, Die Einbeziehung von Pflichtinformationen in Fernabsatz- und Außergeschäftsraumverträge, *NJW* 2015, 279; *Kroschwald/Polenz*, § 6 Digitale Produkte und Datenschutz, in: *Brönneke/Föhlisch/Tonner* (Hrsg.), *Das neue Schuldrecht*, 1. Aufl. 2022 (zit. *Brönneke/Föhlisch/Tonner Neues SchuldR/Kroschwald/Polenz*); *Legner*, Informationspflichten des europäischen Verbrauchervertragsrechts im digitalen Zeitalter – Quo Vadis?, *ZEuP* 2024, 649; *Säcker/Rixecker/Oetker/Limperc/Schubert*, Münchener Kommentar zum BGB, Band 3, 10. Aufl. 2025 (zit. *MüKoBGB/Autor*); *Ritthoff/Müller/Hopfensack/Brüning/Wolf/Piehl*, Methoden und Normen zur Bewertung der Reparierbarkeit von Elektro- und Elektronikgeräten, Stärkung der Materialeffizienz unter der Ökodesign-Richtlinie, Abschlussbericht im Auftrag des Umweltbundesamts, Dessau-Roßlau 2022; *Tamm/Tonner*, § 2 Digitale Inhalte und Digitale Dienstleistungen – Umsetzung der Digitale Inhalte Richtlinie in das deutsche Recht, in: *Brönneke/Föhlisch/Tonner* (Hrsg.), *Das neue Schuldrecht*, 1. Aufl. 2022 (zit. *Brönneke/Föhlisch/Tonner Neues SchuldR/Tamm/Tonner*); *Vásquez, Sheila*, *Schuster, Thomas*, *Kroschwald, Steffen*, Privacy-Aware and -Compliant Design of Data-Driven Digital Products Based on Legal and Technical Patterns. *European Journal of Consumer Law – Revue européenne de droit de la consommation (R.E.D.C)* 2024, 131–154.

<b>A. Überblick über die Neuregelungen und Einordnung</b> .....	1	4. Verhältnis zwischen Aktualisierungspflicht und Angaben zur Softwareaktualisierung .....	30
<b>B. Hintergrund</b> .....	6	5. Einschränkungen .....	34
<b>C. Neuregelungen im Einzelnen</b> .....	10	<b>IV. Reparierbarkeitswert und weitere Reparaturinformationen</b> .....	35
<b>I. Erweiterte Informationspflichten bei Werbeanrufen</b> .....	10	1. Nach harmonisierten Anforderungen ermittelter Reparierbarkeitswert .....	37
<b>II. Gewährleistungs- sowie Garantieinformationen und -label</b> .....	14	2. Andere relevante Reparaturinformationen .....	39
1. EU-Richtliniengrundlage .....	14	<b>V. Informationen zu umweltfreundlichen Lieferoptionen</b> .....	40
2. Nationale Umsetzung .....	18	<b>VI. Weitere Änderungen bei Informationspflichten</b> .....	41
3. Besondere Anforderungen .....	22	<b>D. Fazit</b> .....	42
<b>III. Information über die Mindestdauer von Softwareaktualisierungen</b> .....	25		
1. Aktualisierungspflicht nach WKRL und DURL .....	25		
2. Softwareaktualisierung nach EmpCo-RL .....	27		
3. Information über Mindestdauer von Softwareaktualisierungen .....	28		

### A. Überblick über die Neuregelungen und Einordnung

Am 28.2.2024 wurde die **Richtlinie 2024/825**<sup>1</sup> „hinsichtlich der Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel durch besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und durch bessere Information“ erlassen. Der maßgeblich mit seinem englischen Titel als „Empowering Consumers for the green transition“ (**EmpCo**)-**Richtlinie** bekannte

<sup>1</sup> Richtlinie (EU) 2024/825 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28.2.2024 zur Änderung der Richtlinien 2005/29/EG und 2011/83/EU hinsichtlich der Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel durch besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und durch bessere Informationen, ABl. L 2024/825.

## § 1 Allgemeines und Informationspflichten im Verbrauchervertrag

---

Rechtsakt hatte die Änderung der Richtlinie 2005/29/EG<sup>2</sup> über unlautere Geschäftspraktiken (UGP-RL) sowie der Verbraucherrechtlicherichtlinie 2011/83/EU (VRRL)<sup>3</sup> zum Gegenstand. Die EmpCo-RL ist gemäß ihres Art. 4 Abs. 1 UAbs. 1 bis zum 27.3.2026 durch die Mitgliedstaaten umzusetzen und ab dem 27.9.2026 zur Anwendung zu bringen. Die Änderungen in der VRRL gem. Art. 2 der EmpCo-RL waren entsprechend in Deutschland in betreffenden Gesetzen, insbesondere im BGB<sup>4</sup> und im EGBGB<sup>5</sup> umzusetzen.

- 2 Bereits am 22.11.2023 war die **Richtlinie 2023/2673** zur Änderung der Richtlinie 2011/83/EU in Bezug auf im Fernabsatz geschlossene Finanzdienstleistungsverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/65/EG, die gem. ihres Artikels 2 Abs. 1 bis 19. Dezember 2025 umzusetzen war und ab dem 19.6.2026 anzuwenden ist, erlassen worden.
- 3 Beide Richtlinien setzt die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam in einem Gesetz zur Änderung des Verbrauchervertrags- und des Versicherungsvertragsrechts sowie zur Änderung des Behandlungsvertragsrechts<sup>6</sup> (im Folgenden **GeÄndVVB**) um. Der entsprechende Entwurf<sup>7</sup> wurde am 29.9.2025 von der Bundesregierung vorgelegt und am 19.12.2025 vom Bundestag verabschiedet.
- 4 Im vorliegenden Kapitel werden aus dem Umsetzungsgesetz betreffende Änderungen im **Anwendungsbereich und den allgemeinen Informationspflichten** für Verbraucherverträge, in besonderer Ausprägung auch im Fernabsatz sowie konkret im elektronischen Geschäftsverkehr, betrachtet.
- 5 Neben vom deutschen Gesetzgeber bei der Gelegenheit – insbesondere zur sprachlichen Vereinfachung – vorgenommenen oder aufgrund der gesetzlichen Neufassung erforderlich gewordenen redaktionellen Anpassungen, sind von den hier betrachteten Vorschriften insbesondere praktisch sehr relevante Änderungen für die **Informationspraxis vor allem im E-Commerce** zu beachten. Sie betreffen, kurz gefasst, Informationspflichten bei Werbeanrufen (→ Rn. 10 ff.), Gewährleistungs- sowie Garantieinformationen und -label (→ Rn. 14 ff.), die Information über die Mindestdauer von Softwareaktualisierungen (→ Rn. 25 ff.), den Reparierbarkeitswert und weitere Reparaturinformationen (→ Rn. 35 ff.) sowie Informationen zu umweltfreundlichen Lieferoptionen (→ Rn. 40 ff.).

---

2 Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken). ABl. L 149, 22.

3 Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.10.2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG und der Richtlinie 1999/44/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG und der Richtlinie 97/7/EG. ABl. L, 64.

4 Bürgerliches Gesetzbuch in der bisherigen Fassung der Bekanntmachung vom 2.1.2002 (BGBl. 2023 I, 42), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17.7.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 163) sowie in der am 19.12.2025 vom Bundestag verabschiedeten neuen Fassung (nF) (zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht im BGBl. veröffentlicht).

5 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.9.1994 (BGBl. I S. 2494), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30.9.2025 (BGBl. I Nr. 233) sowie in der am 19.12.2025 vom Bundestag verabschiedeten neuen Fassung (nF) (zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht im BGBl. veröffentlicht).

6 Zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht im BGBl. veröffentlicht.

7 BT-Drs. 21/1856 vom 29.9.2025.

## B. Hintergrund

Die vorliegend betrachteten Änderungen des Verbrauchervertragsrechts bauen auf ein **bestehendes Fundament von Informationspflichten** im BGB bzw. EGBGB in Bezug auf sogenannte Werbeanrufe sowie Gewährleistungs-, Garantie- und Lieferbedingungen auf. 6

So sind die hier in den Blick genommenen Informationspflichten zu **Werbeanrufen** 7 über Finanzdienstleistungen das Ergebnis der entsprechenden Umsetzung des Art. 1 Nr. 4 RL 2023/2673 und ergänzen die schon bestehende Pflicht zur Offenlegung der Identität eines zu Werbezwecken anrufenden Unternehmers nach § 312a Abs. 1 BGB (nunmehr in nF).

Informationspflichten zur Gewährleistung und Garantie, zur Mindestdauer von Softwareaktualisierungen, zum Reparierbarkeitswert und zur Reparatur sowie zu umweltfreundlichen Lieferoptionen setzen entsprechende Bestimmungen der EmpCo-RL 2024/825 um. Mit der Richtlinie hat der europäische Gesetzgeber bezweckt, Verbraucher in die Lage zu versetzen, „informierte Kaufentscheidungen zu treffen und so zu einem **nachhaltigeren Konsumverhalten** beizutragen“.<sup>8</sup> Entsprechende, hier betrachtete neue Vorschriften werden in die bestehenden Informationskataloge des Art. 246 und 246a EGBGB nF aufgenommen und durch Verweis aus § 312a BGB zu allgemeinen Informationspflichten im Verbrauchervertrag bzw., in Folge des Verweises aus § 312d Abs. 1 BGB, zu besonderen Informationspflichten im Rahmen von außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen. Ferner aufgrund des Verweises aus § 312j Abs. 2 BGB nF zu Informationspflichten vor Bestellabschluss im elektronischen Geschäftsverkehr. 8

**Änderungen redaktioneller Art** beziehen sich insbesondere auf § 312 Abs. 2–8 BGB 9 nF, in dem Anwendungsausnahmen und -rückausnahmen, bislang mitunter sprachlich und systematisch komplex, geregelt sind. Weiterhin werden Ergänzungen in den bestehenden § 312g und § 312l BGB in Bezug auf Informationen zum neuen Widerrufsbutton sowie Finanzdienstleistungen zu Online-Marktplätzen aufgenommen.

## C. Neuregelungen im Einzelnen

### I. Erweiterte Informationspflichten bei Werbeanrufen

Durch Art. 1 Ziff. 2 des GeÄndVVB wird an § 312a Abs. 1 S. 1 BGB nF ein neuer Satz angefügt. Demnach ist „(b)ei Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen“ „der Verbraucher vom Unternehmer in Kenntnis zu setzen, wenn der Anruf aufgezeichnet wird oder aufgezeichnet werden könnte“. Die Vorschrift **ergänzt insofern die bestehende allgemeine Pflicht** des Unternehmers, bei Anrufen zur Vorbereitung eines möglichen Vertragsschlusses<sup>9</sup> seine Identität und gegebenenfalls die Identität der Person, für die er anruft, sowie den geschäftlichen Zweck des Anrufs offenzulegen. Die vorliegende 10

8 EwGr. 1 S. 1 EmpCo-RL.

9 MüKoBGB/Wendehorst BGB § 312a Rn. 4.

## § 1 Allgemeines und Informationspflichten im Verbrauchervertrag

---

Ergänzung um den zweiten Satz dient der Umsetzung von Art. 1 Nr. 4 RL 2023/2673, der den neuen Art. 16a Abs. 3 S. 2 in die VRRL einfügt.<sup>10</sup>

- 11 Erfasst sind Anrufe in Bezug auf **Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen**. Anders als in der Vorschrift nach Satz 1 geht der Gesetzgeber hier nicht über die Richtlinie hinaus, indem (wie bei Satz 1) auch stationäre Verbraucherverträge einbezogen würden. Die Vorschrift ist vielmehr auf Fernabsatzverträge und dort, als Umsetzung der Änderungsrichtlinie 2023/2673, auch nur auf Finanzdienstleistungsverträge beschränkt. Indem sie in die bestehende Vorschrift zu allgemeinen Pflichten und Grundsätzen bei Verbraucherverträgen, § 312a BGB, eingefügt wird, ist eine entsprechende Pflicht in Bezug auf Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen systematisch nicht ganz reibungsfrei eingepasst. Die Verortung lässt sich damit erklären, dass nur an dieser (allgemeinen) Stelle Regelungen für vorvertragliche Telefonwerbbeanrufe im Verbrauchervertragsrecht existieren.
- 12 Da nachfolgende Vertragsschlüsse kein Automatismus sind, sind **Rechtsfolgen bei Verstoß** nicht unmittelbar im Schuldrecht des BGB nF vorgesehen. Wie schon im Falle des Satzes 1 lassen sich aber infolge eines Verstoßes Ansprüche aus dem Lauterkeitsrecht geltend machen – insbesondere auf Unterlassung.<sup>11</sup>
- 13 Eine deutliche Parallelisierung der Vorschrift besteht zu **datenschutzrechtlichen Informationspflichten** nach Art. 12 f. DS-GVO. Bei Erhebung von personenbezogenen Daten (wovon regelmäßig im Falle der Aufzeichnung auszugehen ist) bei der betroffenen Person sind nach Art. 13 Abs. 1 DS-GVO zum Zeitpunkt der Erhebung, und damit zu Beginn der Aufzeichnung, entsprechende Hinweise, darunter die Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden, mitzuteilen.

### Praxishinweis:

Systeme und Prozesse für die telefonische Kontaktaufnahme mit Verbrauchern, bei denen eine Aufzeichnung des Anrufs zumindest möglich ist, sollten (dem Prinzip des Privacy by Design<sup>12</sup> entsprechend) so gestaltet sein, dass zu Beginn ein Hinweis auf die Aufzeichnung erfolgt. Aufgrund entsprechender datenschutzrechtlicher Anforderungen sollte dabei der Zweck der Aufzeichnung (zum Beispiel Nachweis- oder Schulungszwecke) ebenso benannt werden wie die Möglichkeit, gegen die Aufzeichnung zu optieren, wenn sie nicht gewünscht wird, sowie Folgen eines solchen „Opt-out“. Für die Darstellung weiterer erforderlicher datenschutzrechtlicher Informationen, wie zum Beispiel zur Aufbewahrungsdauer, kann eine gestufte Informationslösung und der Verweis auf andere Informationswege praxisgerecht sein.

---

10 BT, Drs. 21/1856, S. 35.

11 Insbesondere Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche, BeckOK BGB/Martens BGB § 312a Rn. 9; MüKoBGB/Wendehorst BGB § 312a Rn. 5.

12 Eingehend Vásquez/Schuster/Kroschwald, R.E.D.C 2024, 131, 131ff.; Zum Verhältnis zwischen Datenschutz und neuem Schuldrecht Brönneke/Föhlich/Tonner Neues SchuldR/Kroschwald/Polenz § 6 Rn. 3ff.

## II. Gewährleistungs- sowie Garantieinformationen und -label

### 1. EU-Richtliniengrundlage

Mit der EmpCo-RL, die als Teil des „New Green Deal“ der EU verabschiedet wurde, 14  
beabsichtigte der europäische Gesetzgeber, Verbraucher in die Lage zu versetzen, „in-  
formierte Kaufentscheidungen zu treffen und so zu einem **nachhaltigeren Konsum-  
verhalten** beizutragen.“<sup>13</sup> Hierzu enthält die Richtlinie sowohl lauterkeits- als auch  
schuldrechtliche Vorgaben in Bezug auf die Information von Verbrauchern durch Unter-  
nehmer über die Haltbarkeit und Reparierbarkeit von Waren, mit dem Ziel, „die  
Nachfrage nach und das Angebot von haltbareren Waren anzuregen.“<sup>14</sup>

Sogenannte „gewerbliche Haltbarkeitsgarantien“ sieht der europäische Gesetzgeber da- 15  
bei als „gute[n] **Indikator für die Haltbarkeit von Waren**“, da es sich dabei um ein  
„Versprechen, dass eine Ware bei normaler Verwendung die geforderten Funktionen  
und die geforderte Leistung beibehält“, handelt.<sup>15</sup> Vor dem Hintergrund, dass viele  
Verbraucher das Bestehen solcher Garantien und damit verbundene Indikatoren für  
lange Haltbarkeit von Waren nicht kennen und entsprechend nicht in ihre Kaufent-  
scheidung einbeziehen, wurde mit Art. 2 Nr. 2 lit. b EmpCo-RL die Pflicht zur Informa-  
tion über gewerbliche Haltbarkeitsgarantien in Art. 5 Abs. 2 lit. ea der VRRRL eingefügt.  
Parallel dazu werden mit Art. 2 Nr. 2 lit. a EmpCo-RL auch Informationspflichten über  
die wichtigsten Elemente des gesetzlichen Gewährleistungsrechts in Art. 5 Abs. 1 lit. e  
VRRRL verankert. Für Fernabsatzverträge sieht Art. 2 Nr. 3 lit. b bzw. c EmpCo-RL eine  
entsprechende Regelung in Art. 6 Abs. 1 lit. l bzw. la VRRRL vor.

Der europäische Gesetzgeber begründet diese erweiterte Informationspflicht damit, 16  
dass Verbraucher ihre **gesetzlichen Rechte der Warenkauf-RL 2019/771**, zu der auch  
das darin reformierte Gewährleistungsrecht gehört, nicht kennen.<sup>16</sup>

Beide Informationen, über gesetzliche Gewährleistungsrechte sowie über gewerbliche 17  
Haltbarkeitsgarantien, haben dabei nicht nur in hervorgehobener Weise, sondern unter  
Verwendung einer (durch Art. 2 Nr. 5 EmpCo-RL) in Art. 22a VRRRL vorgesehenen  
und per Durchführungsrechtsakt durch die Kommission in Inhalt und Gestaltung zu  
bestimmenden harmonisierten Mitteilung (für das gesetzliche Gewährleistungsrecht)  
bzw. Kennzeichnung (für die gewerbliche Haltbarkeitsgarantie) zu erfolgen. Verkürzt  
ausgedrückt handelt es sich dabei um die Einführung von verpflichtenden **Gewährleis-  
tungs- und Garantietabeln**.

### 2. Nationale Umsetzung

Der deutsche Gesetzgeber setzt die Vorschriften zu Gewährleistungs- sowie Garantiein- 18  
formationen und -label in den bestehenden Informationskatalogen des Art. 246 EGBGB  
und Art. 246a EGBGB um. In Art. 246 Abs. 1 EGBGB nF wird die bisherige Nummer  
5 durch die Nummern 5 bis 5d ersetzt, wobei Informationen zum gesetzlichen Gewähr-  
leistungsrecht in Nr. 5 und zur gewerblichen Haltbarkeitsgarantie in Nr. 5a geregelt

13 ErwGr 1 S. 1 EmpCo-RL 2024/825.

14 ErwGr 25 S. 1 EmpCo-RL 2024/825.

15 ErwGr 26 EmpCo-RL 2024/825.

16 ErwGr 27 EmpCo-RL 2024/825.

## § 1 Allgemeines und Informationspflichten im Verbrauchervertrag

---

werden. In Art. 246a § 1 Abs. 1 S. 1 EGBGB nF wird entsprechend zu Nr. 11 (gesetzliches Gewährleistungsrecht) eine Nr. 11a (gewerbliche Haltbarkeitsgarantie) ergänzt.

- 19 In Bezug auf die **gesetzliche Gewährleistung** ist demnach vom Unternehmer über das Bestehen eines gesetzlichen Gewährleistungsrechts für Waren und seine wichtigsten Elemente, einschließlich seiner Mindestdauer von zwei Jahren, in hervorgehobener Weise unter Verwendung der harmonisierten Mitteilung, die die Kommission auf Grundlage von Artikel 22a Abs. 2 der EmpCo-RL festgelegt hat, zu informieren (Art. 246 Abs. 1 Nr. 5 sowie Art. 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 EGBGB nF). Wenn der Hersteller dem Verbraucher eine **gewerbliche Haltbarkeitsgarantie** ohne zusätzliche Kosten für die gesamte Ware und mit einer Dauer von mehr als zwei Jahren gewährt und diese Informationen dem Unternehmer zur Verfügung stellt, muss der Unternehmer die Information, dass für diese Ware eine solche Garantie gilt, deren Dauer und [in diesem Fall hier zusätzlich] einen Hinweis auf das Bestehen des gesetzlichen Gewährleistungsrechts, in hervorgehobener Weise unter Verwendung der harmonisierten Kennzeichnung, die die Kommission auf Grundlage von Art. 22a Abs. 4 der EmpCo-RL festlegt, dem Verbraucher transparent machen.
- 20 Im Verbrauchervertragsrecht des BGB verweist die Vorschrift zu **allgemeinen Informationspflichten** bei Verbraucherverträgen (§ 312a Abs. 2 BGB) auf die entsprechenden Vorschriften des Art. 246 EGBGB. Auf die Vorschriften des Art. 246a EGBGB verweisen die § 312d BGB zu Informationspflichten bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und bei Fernabsatzverträgen sowie die Informationspflicht im elektronischen Geschäftsverkehr unmittelbar vor Bestellabgabe nach § 312j Abs. 2 BGB nF.
- 21 Letztere, die Informationspflicht **unmittelbar vor Bestellabgabe** nach § 312j Abs. 2 BGB nF, benennt in der neuen Fassung allerdings nur die Garantieinformation nach Art. 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 11a EGBGB nF und nicht die Gewährleistungsinformation nach Nr. 11 (nF). Das mag zunächst inkonsistent wirken, ergibt aber insoweit Sinn, als die dortigen Informationen Bezug zum konkreten Bestellumfang haben. Da nur Garantieinformationen zu individualisieren sind (→ Rn. 24), kann die Gewährleistungsinformation an anderer Stelle im Bestellprozess erfolgen.

### 3. Besondere Anforderungen

- 22 In Bezug auf die Garantieinformation ist zu beachten, dass diese nur dann verpflichtend ist, wenn sie **über die ohnehin bestehende gesetzliche Gewährleistungsdauer hinausgeht**. Dies lässt sich mit dem Ziel des europäischen<sup>17</sup> und infolgedessen auch deutschen<sup>18</sup> Gesetzgebers erklären, dass die Information als Haltbarkeitsindikator dienen soll und dahin gehend nur insoweit Sinn ergibt, als der Hersteller für eine längere Zeit als die gesetzlich ohnehin verpflichtende Gewährleistung Garantie für die Haltbarkeit übernimmt.
- 23 Die Pflicht zur Angabe von Garantieinformationen trifft den Unternehmer nur dann, wenn er **Kenntnis von der Garantie** hat, weil ihm diese vom Hersteller zur Verfügung

---

<sup>17</sup> ErwGr 26 EmpCo-RL.

<sup>18</sup> BT-Drs. 21/1856, 50.

gestellt wurde.<sup>19</sup> Damit ist weder der Hersteller verpflichtet, die Information aktiv bereitzustellen noch hat der Unternehmer eine Pflicht zur Nachforschung und Beibringung.<sup>20</sup>

Entsprechend lösen auch **andere Garantien** als die gewerbliche Haltbarkeitsgarantie, also etwa solche, die der Unternehmer und nicht der Hersteller abgibt oder Garantien, die sich nicht auf die Haltbarkeit, sondern zum Beispiel auf eine anders geartete Kundenzufriedenheit beziehen, keine solche Informationspflicht aus. 24

### Praxishinweis:

Praxisrelevant dürfte insbesondere die Gestaltung des Gewährleistungs- und Garantietabels, dessen Verwendung und Platzierung sein. Der durch Art. 2 Ziff. 5 EmpCo-RL neu eingefügte Art. 22a VRRL sieht vor, dass die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten die Gestaltung und den Inhalt der harmonisierten Mitteilung zum Gewährleistungsrecht (Art. 22a Abs. 2 VRRL) sowie die Gestaltung der harmonisierten Kennzeichnung zur Haltbarkeitsgarantie (Art. 22a Abs. 4 VRRL) jeweils bis 27.9.2025 festzulegen hatte.

Grundlegende Anforderungen an die Gestaltung ergeben sich zunächst aus Art. 22a Abs. 5 VRRL selbst: Die harmonisierte Mitteilung und die harmonisierte Kennzeichnung müssen dem Verbraucher leicht erkennbar und verständlich sowie für Unternehmer leicht zu verwenden und zu reproduzieren sein.

In Erwägungsgrund 28 EmpCo-RL heißt es außerdem, dass „die Kennzeichnung [über die gewerbliche Haltbarkeitsgarantie] beispielsweise direkt auf der Verpackung der Waren, in hervorgehobener Weise auf dem Regal, auf dem die unter eine solche Garantie fallenden Waren platziert werden, ausgestellt wird oder indem es – im Falle eines Online-Verkaufs – direkt neben dem Bild der Ware angebracht wird. Hersteller, die derartige gewerbliche Haltbarkeitsgarantien anbieten, können die harmonisierte Kennzeichnung selbst direkt auf den betreffenden Waren oder auf ihrer Verpackung anbringen, um einen wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen.“

Auch die harmonisierte Mitteilung [über das gesetzliche Gewährleistungsrecht] solle „in hervorgehobener Weise ausgestellt werden, zB auf einem Plakat in auffälliger Weise an einer Wand im Geschäft, neben dem Kassenschalter oder im Falle von Online-Verkäufen als allgemeine Erinnerung auf der Website des Unternehmers, der die Ware verkauft.“

Am 25.9.2025 wurde eine entsprechende Durchführungsverordnung 2025/1960 der Kommission über die Gestaltung und den Inhalt der harmonisierten Mitteilung über das gesetzliche Gewährleistungsrecht und der harmonisierten Kennzeichnung der gewerblichen Haltbarkeitsgarantie erlassen.<sup>21</sup> Aus der Durchführungsverordnung ergibt

19 BT-Drs. 21/1856, 50.

20 ErwG. 36 EmpCo-RL.

21 Durchführungsverordnung (EU) 2025/1960 der Kommission über die Gestaltung und den Inhalt der harmonisierten Mitteilung über das gesetzliche Gewährleistungsrecht und der harmonisierten Kennzeichnung der gewerblichen Haltbarkeitsgarantie, ABl. L 2025/1960.

sich das standardisierte Design der Label.<sup>22</sup> Ein maßgeblicher Unterschied besteht in der sich aus dem Design ergebenden Handhabung der Label. Die harmonisierte Kennzeichnung einer gewerblichen Haltbarkeitsgarantie bezieht sich auf das konkrete Produkt. Das Label muss insofern vom Unternehmer konkret bezogen auf das Produkt ausgestellt oder vom Hersteller aufgedruckt werden. In Online-Shops sind entsprechend alle Warenpositionen einzeln und individuell zu kennzeichnen. Konkret lässt sich der Darstellung in Anhang II der Durchführungsverordnung entnehmen, dass das als „GARAN“ bezeichnete Label individuell mit der Markenbezeichnung, einem Modell-Identifizierer sowie einer Angabe in Jahren über die Garantiedauer zu individualisieren ist. Die harmonisierte Mitteilung über das gesetzliche Gewährleistungsrecht (in Anhang I der Durchführungsverordnung mit „Gesetzliche Gewährleistung“ [im Englischen unglücklich, da missverständlich, mit „Legal Guarantee“] überschrieben) ist allgemeingültig und nicht individuell auf das Produkt anzupassen. Es kann an zentraler Stelle im (Online-)Shop platziert werden und ist damit nicht nur weniger kompliziert, sondern auch deutlich weniger fehleranfällig.

### III. Information über die Mindestdauer von Softwareaktualisierungen

#### 1. Aktualisierungspflicht nach WKRL und DURL

- 25 Mit der Warenkauf-Richtlinie 2019/770 (WKRL) und der Digitale-Inhalte-Richtlinie 2019/771 (DURL) wurden für Waren mit digitalen Elementen sowie digitalen Produkten neuartige Pflichten zur Aktualisierung eingeführt. Der deutsche Gesetzgeber hat diese Pflichten in § 475b und § 475c BGB<sup>23</sup> bzw. in § 327f BGB<sup>24</sup> umgesetzt. Sie verpflichten den Verkäufer bzw. Unternehmer zum „Update“<sup>25</sup> des digitalen Elements bzw. Produkts, damit die Waren mit digitalen Elementen bzw. die digitalen Produkte „in vertragsgemäßem Zustand bleiben“ (in § 475b Abs. 4 Nr. 2 BGB sowie § 327f Abs. 1 S. 1 BGB hat der deutsche Gesetzgeber die Formulierung „Aktualisierungen, die für den Erhalt der Vertragsmäßigkeit der Ware [des digitalen Produkts] erforderlich sind“ verwendet).
- 26 Als Regelbeispiel nennen die Vorschriften jeweils **Sicherheitsaktualisierungen**, also etwa das Beheben von Sicherheitslücken in der Software einer digitalen App, mit der weitere Systeme angegriffen oder gar auf die Sicherheit eines Produkts Einfluss genommen werden kann.<sup>26</sup>

#### 2. Softwareaktualisierung nach EmpCo-RL

- 27 Eine eigenständige Definition der Aktualisierung fand sich bislang weder in den europäischen Vorschriften noch in deren Umsetzung im BGB. Mit Art. 2 Nr. 1 EmpCo-RL wird nunmehr in Art. 2 VRRRL unter der neuen Nummer 14e die „Softwareaktualisierung“ als „eine kostenfreie Aktualisierung, einschließlich einer Sicherheitsaktualisie-

---

22 Darstellung der harmonisierten Mitteilung über das gesetzliche Gewährleistungsrecht nach Art. 1 der Durchführungsverordnung in deren Anhang I, Darstellung der harmonisierten Kennzeichnung der gewerblichen Haltbarkeitsgarantie nach Art. 2 der Durchführungsverordnung in deren Anhang II.

23 Brönneke/Föhlisch/Tonner Neues SchuldR/Brönneke/Schmidt/Willburger § 4 Rn. 53ff.

24 Brönneke/Föhlisch/Tonner Neues SchuldR/Tamm/Tonner § 2 Rn. 123ff.

25 Begriff zum Beispiel bei ErwGr 28 DURL.

26 Brönneke/Föhlisch/Tonner Neues SchuldR/Brönneke/Schmidt/Willburger § 4 Rn. 59.

nung, die für den Erhalt der Vertragsmäßigkeit von Waren mit digitalen Elementen, digitalen Inhalten und digitalen Dienstleistungen nach den Richtlinien (EU) 2019/770 und (EU) 2019/771 erforderlich ist“ definiert. Mit diesem Zirkelschluss ist der **Begriffsannäherung** nicht geholfen, sondern vielmehr ein weiteres Synonym hinzugefügt und mit sich selbst definiert. Es lässt sich lediglich aus dem Wortlaut der „Softwareaktualisierung“ der Schluss ziehen, dass diese sich als Teilmenge der Aktualisierung auf diejenigen Aktualisierungen beschränken soll, die an Software und nicht an anderen digitalen Produkten oder digitalen Elementen, die nicht Teil der Software sind (zB digitalen Inhalten eines eBooks), erfolgen.

### 3. Information über Mindestdauer von Softwareaktualisierungen

Für jene Softwareaktualisierungen sieht die EmpCo-RL eine **neue Informationspflicht** 28 vor. Sie wird in Deutschland im EGBGB umgesetzt.

Nach Art. 2 Nr. 2 lit. b EmpCo-RL wird in Art. 5 Abs. 1 VRRRL ein neuer lit. ea eingefügt. 29 In Deutschland erfolgt wiederum in Art. 246 Abs. 1 Nr. 5d und Art. 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 EGBGB nF eine beinahe wortgleiche Übernahme des Richtlinien textes: Anzugeben ist demnach „für Waren mit digitalen Elementen, für digitale Inhalte und für digitale Dienstleistungen die **Mindestdauer**, ausgedrückt als Zeitraum oder durch Angabe eines Datums, für die der Hersteller oder der Anbieter Softwareaktualisierungen bereitstellt, sofern der Hersteller oder der Anbieter dem Unternehmer diese Informationen zur Verfügung stellt“.

### 4. Verhältnis zwischen Aktualisierungspflicht und Angaben zur Softwareaktualisierung

Mit der neuen Vorschrift versuchen der europäische und infolgedessen auch der deutsche Gesetzgeber offenbar das im Rahmen der neuen Aktualisierungspflichten geschaffene Problem der **Bestimmung des Updatezeitraums** abzumildern. In den Fällen des § 475b Abs. 4 Nr. 2 BGB sowie des § 327f Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB bemisst sich der maßgebliche Zeitraum für eine verpflichtende Aktualisierung nach dem Zeitraum, den der Verbraucher aufgrund der Art und des Zwecks der Ware mit digitalen Elementen [bzw. des digitalen Produkts] und unter Berücksichtigung der Umstände und der Art des Vertrags erwarten kann. Während für die dauerhafte Bereitstellung digitaler Produkte (zB in App-Abonnements) der gesamte Bereitstellungszeitraum als Zeitraum für die Aktualisierung gilt (§ 327f Abs. 1 S. 2 Nr. 1 BGB), ist der Verbraucher beim Kauf einer Ware mit digitalen Elementen oder dem Vertragsschluss über die einmalige Bereitstellung eines digitalen Produkts (zB Download einer App) häufig im Unklaren, welcher Aktualisierungszeitraum nun erwartbar ist.<sup>27</sup> 30

Die Information über die (jedenfalls aus Sicht des Herstellers bzw. Anbieters ermittelten) Zeiträume oder Zeitpunkte der Aktualisierung helfen dem Verbraucher möglicherweise bei der Abwägung, ob sich die Angabe mit seiner **persönlichen Erwartung über eine „Servicedauer“** deckt. Sie gibt dem Verbraucher mittelbar auch einen Eindruck darüber, welche Vorstellungen der Unternehmer über die (technisch und ökonomisch 31

27 Brönneke/Föhlisch/Tonner Neues SchuldR/Tamm/Tonner § 2 Rn. 125 und 132.

## § 1 Allgemeines und Informationspflichten im Verbrauchervertrag

---

beeinflusste) „**Lebensdauer**“ seines **Softwareprodukts** hat. Den nachhaltigkeitsorientierten Regelungszielen der EmpCo entsprechend verbindet der Gesetzgeber mit der Aktualisierungspflicht nunmehr auch die Absicht, Verbraucher davor zu bewahren, Hardware frühzeitig entsorgen zu müssen, weil diese nur deshalb nicht mehr nutzbar ist, da die mit ihr verbundene Software nicht mehr mit Aktualisierungen betreut wird.<sup>28</sup>

- 32 Fraglich ist, wie sich die Angabe eines Softwareaktualisierungszeitraums auf die Aktualisierungspflicht im Sinne der §§ 475b, 475c und 327f BGB und damit auf die Rechte des Verbrauchers auswirkt, Aktualisierungen zu fordern oder – bei Fehlen – (mängelrechtliche) Ansprüche geltend zu machen. Im Falle eines außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Vertrags oder Fernabsatzvertrags werden nach § 312d Abs. 1 S. 2 BGB die in Erfüllung der Informationspflicht nach § 312d Abs. 1 S. 1 BGB iVm Art. 246a EGBGB nF gemachten **Angaben des Unternehmers Inhalt des Vertrags**, es sei denn, die Vertragsparteien haben ausdrücklich etwas anderes vereinbart.<sup>29</sup> Es ist in diesen Fällen durchaus denkbar, dass sich der Unternehmer durch Übernahme eines Softwareaktualisierungszeitraums, der über den nach § 475b Abs. 4 Nr. 2 BGB bzw. § 327f Abs. 1 Nr. 2 BGB eigentlich erwartbaren Aktualisierungszeitraum hinausgeht, entsprechend **zugunsten des Verbrauchers** auch zur längeren Aktualisierung verpflichtet. Demgegenüber wird der Verbraucher nicht damit rechnen müssen, durch die Angabe kürzerer Softwareaktualisierungszeiträume um seine nach objektiven Erwartungen ermittelte Aktualisierungszeit gebracht zu werden. Entsprechende Einbeziehungsfolgen des § 312d Abs. 1 S. 1 BGB **zulasten des Verbrauchers** werden in der Literatur durch teleologische Reduktion der Vorschrift unter Hinweis auf den verbraucherschützenden Zweck der Regelung sowie durch Anwendung des AGB-Rechts (konkret § 305c Abs. 1 BGB) wieder abgeräumt.<sup>30</sup> Als negative Beschaffenheitsvereinbarung (subjektive Anforderung) wäre eine solche Vertragsfolge in dieser Form auch nicht mit § 476 Abs. 1 S. 2 BGB bzw. § 327h BGB vereinbar.
- 33 Entsprechendes muss auch außerhalb vertraglicher Einbeziehungsfolgen gelten. Im Hinblick auf **objektive Anforderungen** an die Ware oder das Produkt gelten für Aktualisierungen, die nach Gefährübergang bzw. nach Bereitstellung zu erfolgen haben, ausschließlich die Vorgaben zum maßgeblichen Zeitraum der Aktualisierung (§ 475b Abs. 4 Nr. 2 BGB bzw. § 327e Abs. 3 S. 1 Nr. 5 iVm § 327f Abs. 1 Nr. 2 BGB). Es kommt auf den Zeitraum an, der aufgrund der Art und des Zwecks der Ware bzw. des digitalen Produkts sowie unter Berücksichtigung der Umstände und der Art des Vertrags vom Verbraucher erwartbar ist. Gibt der Hersteller einen über das zunächst objektiv Erwartbare hinausgehenden, langen Aktualisierungszeitraum an, könnte die berechtigte Erwartung aufgrund entsprechend einzubeziehender Umstände wiederum **zugunsten des Verbrauchers** auf eine entsprechend längere Softwareaktualisierung hinauslaufen. Dass ein Hersteller mit der Angabe eines besonders kurzen Zeitraums die berechtigte Erwartung des Verbrauchers nach unten zu korrigieren versucht, lässt sich mit den vorangehenden Argumenten abwehren. Auch hier würden **Informationspflichten zu-**

---

28 Siehe dazu auch ErwGr 33 EmpCo-RL.

29 Dazu MüKoBGB/Wendehorst BGB § 312d Rn. 8ff.; BeckOK BGB/Mertens BGB § 312d Rn. 7ff.; Jauerling/Stadler BGB § 312d Rn. 2; Legner ZEuP 2025, 649 (658).

30 Kramme NJW 2015, 279 (280f.); BeckOK BGB/Mertens BGB § 312d Rn. 8.

## Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen (Beitrag), die mageren auf die Randnummer.

- Aktualisierung 1 25 ff.
  - Begriff 1 27
  - Servicedauer 1 31
  - Sicherheit 1 26
- Aktualisierungszeitraum
  - Bestimmung 1 30 ff.
- Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge **4a** 11 ff.
- Anwendbarkeit
  - BDSG nF 5 40
- Außergeschäftsraumvertrag
  - Informationspflicht, vorvertragliche 3 4
  - Informationspflicht Widerrufsrecht 3 9 ff.
- Außergeschäftsraumvertrag, Vertragsklauseln
  - Informationspflicht Widerrufsrecht 3 26
- Bagatellausnahme **4a** 16
- Bagatell-Darlehensverträge
  - Widerrufsrecht **4g** 7, 12
- Barrierefreiheit
  - Informationspflicht Widerrufsrecht 3 32 f.
- BDSG nF 5 2 f., 19 ff.
- Beratungsangebot
  - bei geduldeter Überziehungsmöglichkeit **4c** 66 ff.
- Beratungsleistungen bei Verbraucherdarlehensverträgen **4f** 49 ff.
- Beschwerde 5 39
- Bestandsschutz 5 57
- Bestellabgabe 1 21
- Bestellbutton 2 1
  - Vergleich mit dem Widerrufsbutton 2 61 ff.
- Bestellprozess 1 21
- Bündelungsgeschäft **4b** 43, 109
- Bußgeld 5 15
- buy now, pay later **4a** 15, 21 ff., **4d** 1, **4e** 3, 14
  - finanzielle Schwierigkeiten **4c** 12
  - Finanzierungshilfe **4a** 21 ff.
- charge card **4e** 57 ff.
- Crowdfunding **4a** 8
- Darlehensvermittler 5 5, 10
  - gewerblich; Vergütung 5 46 ff.
- Darlehensvermittlung
  - entgeltliche Finanzierungshilfen **4e** 84
  - Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge **4e** 89 f.
  - Informationspflichten **4e** 84 ff.
- Darlehensverträge
  - unentgeltliche **4e** 5
- Darlehensverträge, unentgeltliche **4e** 79 ff.
  - Widerrufsrecht **4e** 81 ff.
  - Zinslose Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge **4e** 83
- Datenbankabfrage 5 37
- Datenbankinformationen
  - Zahlungsrückstände 5 27 ff.
- Datenbankzugang
  - Zugangsbeschränkung 5 22 ff.
- Datenschutz
  - automatisierte Datenverarbeitung **4d** 46 ff.
  - Datenbanken von Auskunftfeien **4d** 42
    - Kreditauskunftfeien **4d** 40 f.
    - Kreditwürdigkeitsprüfung, BDSG **4d** 39 ff.
    - Kreditwürdigkeitsprüfung, DS-GVO **4d** 18
- Datenschutzrecht
  - Informationspflichten 1 13

## Stichwortverzeichnis

---

- Datenträger, dauerhafter **4b** 9 ff., 64 f.,  
**4f** 10 f., 37 f.
- Datenverarbeitung, automatisierte **5** 38  
– menschliches Eingreifen **5** 3, 9, 32 ff.
- Debitkarte **4a** 29  
– mit Zahlungsaufschub **4e** 57 ff.
- Design **1** 24
- Diskriminierungsverbot  
– Verbraucherdarlehensverträge  
**4f** 60 ff.
- Durchführungsverordnung **1** 24
- Effektiver Jahreszinssatz **4b** 98
- Effektiver Jahreszinssatz, missbräuchlicher  
– absolutes Missverhältnis **4b** 102  
– auffälliges Missverhältnis **4b** 99 ff.  
– Begriff des effektiven Jahreszinssatzes  
**4b** 98  
– Europarechtliche Grundlage **4b** 94  
– Marktüblichkeit **4b** 101 f.  
– Missbrauchstatbestand **4b** 97 ff.  
– Nichtigkeit der Sicherungsgeschäfte  
**4b** 104  
– Nichtigkeit des Darlehensvertrags  
**4b** 103  
– Normzweck **4b** 94 f.  
– Obergrenzen **4b** 102  
– Rechtsfolgen bei Verstoß **4b** 103 ff.  
– relatives Missverhältnis **4b** 102  
– Sicherungsgeschäfte **4b** 104  
– Überblick **4b** 93 ff.  
– Zeitpunkt des auffälligen Missverhältnisses  
**4b** 100
- Einbeziehungsfolge  
– Softwareaktualisierung **1** 32 f.
- EmpCo **1** 1 ff.
- Entgeltlichkeit **4e** 3, 11 ff., 48 ff., 79 ff.
- Erklärung, lesbare **4b** 9, 11
- Erklärungen nach Vertragsschluss  
(Formanforderungen)  
– Anwendungsbereich **4b** 60 ff.  
– benannter dauerhafter Datenträger  
**4b** 63 ff.  
– Europarechtliche Grundlage **4b** 59  
– Nichtigkeit der Erklärung **4b** 69  
– Normzweck **4b** 58  
– Papierform **4b** 63 ff.  
– Pflichtverletzung **4b** 69  
– Rechtsfolgen bei Verstoß **4b** 69  
– Überblick **4b** 58 ff.  
– vertragliche Festlegung des dauerhaften  
Datenträgers **4b** 67 f.
- Erlaubnispflicht **5** 10, 46  
– bei Vermittlung von Finanzierungshilfen  
**4e** 64
- Erlaubnisverfahren **5** 56
- Erläuterungspflicht **3** 41 ff.  
– automatisierte Online-Tools **3** 44  
– Subsidiarität **3** 43  
– Vertragsschluss am Telefon **3** 43
- Ersatzteile **1** 36
- Europäische Online-Plattform für Reparaturen  
**6** 102 ff.
- Factoring **4a** 24, **4e** 24 ff.
- Fernabsatzvertrag **2** 7  
– Erinnerungspflicht **3** 37 ff.  
– Erläuterungspflicht **3** 41 ff.  
– Informationspflicht Widerrufsrecht  
**3** 9 ff.
- Finanzdienstleistungen **4b** 107 f.
- Finanzielle Schwierigkeiten **4c** 11 ff.  
– Ausgangslage **4c** 13  
– Basiskonto **4c** 12  
– buy-now-pay-later **4c** 12  
– EBA-Leitlinien **4c** 13  
– Einkommen **4c** 12  
– Konsumverhalten **4c** 12  
– MaRisk **4c** 13  
– Pfändung **4c** 12  
– Psychosozialer Faktor **4c** 12  
– Qualifizierter Ratenverzug **4c** 11  
– Schicksalsschlag **4c** 12  
– Überschuldung **4c** 12  
– Verfahren und Strategien **4c** 13  
– (Zahlungs)Verzug **4c** 12
- Finanzierungshilfe **4a** 35 f.  
– buy now, pay later **4a** 21 ff.  
– Erlöschen des Widerrufsrechts **4g** 69

- Rechtsfolgen des Widerrufsrechts **4g** 70
- sonstige **4e** 3, 11 ff., 48 ff., 67 ff.
- unentgeltliche **4e** 5
- Widerrufsfrist **4g** 68
- Widerrufsrecht **4g** 63 ff.
- Finanzierungshilfen, sonstige
- Leasing **4e** 40 ff.
- Finanzierungshilfen, unentgeltliche
- Widerrufsrecht **4g** 11
- Finanzierungsleasing **4e** 41, 56
- verbundene Verträge **4e** 46
- Finanzprodukte **4b** 107 f.
- Formmängel **4b** 30
- GARAN 124
- Garantie
- andere 124
- Dauer 114 ff.
- Information 114 ff.
- Label 114 ff.
- Geldmittel, nicht angeforderte
- Allgemeine Geschäftsbedingungen **4b** 77
- Anspruchsausschluss **4b** 81 ff.
- ausdrückliche Zustimmung **4b** 76
- Ausnahme bei Option auf Vertragsänderung **4b** 78 ff.
- Ausnahmen vom Anspruchsausschluss **4b** 89 ff.
- Ausschluss gesetzlicher Ansprüche **4b** 85 ff.
- Ausschluss vertraglicher Ansprüche **4b** 83 f.
- Europarechtliche Grundlage **4b** 70
- fehlende vorherige Anforderung/Zustimmung **4b** 74 ff.
- Geldmittel **4b** 72
- Normzweck **4b** 70
- Rechtsfolgen bei Verstoß **4b** 81 ff.
- Überblick **4b** 70 f.
- vorherige Anforderung **4b** 75
- Zurverfügungstellen **4b** 73
- Gesamtfälligstellung **4e** 50
- Gesamtkostenermäßigung **4c** 48 ff.
- Berechnung **4c** 50 ff.
- Darlehensbegriff **4c** 49
- Drittkosten **4c** 52 f.
- Gesamtkreditbetrag **4a** 7, 17
- gesetzliche Gewährleistung 119 ff.
- Gewährleistung
- Dauer 114 ff.
- gesetzliche 119 ff.
- Label 114 ff.
- Globalzession **4e** 21 ff.
- Grundpfand **4a** 26
- Haltbarkeit 114 ff.
- Haltbarkeitsgarantie 115 ff.
- gewerbliche 115 ff.
- Harmonisierte Kennzeichnung 117
- Harmonisierte Mittelung 117
- Hersteller 123
- Reparaturverpflichtung **6** 36 ff.
- Hinweispflicht
- Warnhinweis 542
- Immobilien-Verbraucherdarlehensvertrag **4a** 26, 32 ff.
- Vertragsinhalte **4f** 41
- zinslose **4e** 83
- Immobilienverzehrcreditvertrag **4a** 26
- Informationspflicht 113, **4a** 20
- anhaltende erheblicher Überziehung **4c** 64 f.
- eingeräumte Überziehungsmöglichkeit **4c** 56
- Garantie 114 ff.
- geduldete Überziehungsmöglichkeit **4c** 62 f.
- Gewährleistung 114 ff.
- Label 114 ff.
- Reparierbarkeit 135 ff.
- Softwareaktualisierung 125 ff.
- (Teil-)Kündigung bei eingeräumter Überziehungsmöglichkeit **4c** 59
- Werbeanrufe 110 ff.
- Informationspflicht, vorvertragliche
- Außergeschäftsraumvertrag 34
- Fernabsatzvertrag 34

## Stichwortverzeichnis

---

- Verbraucherdarlehensverträge **4f 9 ff.**
- Informationspflicht bei Verbraucherdarlehensverträgen **4f 1 ff.**
- Allgemeine Informationspflichten **4f 54 ff.**
- Anwendungsbereich **4f 2**
- bisherige Regelungen **4f 3 ff.**
- Checkliste inhaltliche Änderungen **4f 17 ff.**
- dauerhafter Datenträger **4f 10 f.**
- Form vorvertraglicher Informationen **4f 10 ff.**
- Inhalt vorvertraglicher Informationen **4f 15 ff.**
- Modifizierungen vorvertraglicher Informationspflichten **4f 22 ff.**
- Muster vorvertragliche Informationen **4f 12**
- Muster vorvertragliche Informationen bei Umschuldungen **4f 13**
- Profiling **4f 18**
- Tilgungsplan **4f 21**
- Überblick Neuregelungen **4f 1**
- Vorvertragliche Informationspflichten **4f 9 ff.**
- vorvertragliche Informationspflichten bei Beteiligung Darlehensvermittler **4f 28 f.**
- vorvertragliche Informationspflichten bei kurzfristigen Überziehungsmöglichkeiten **4f 25**
- vorvertragliche Informationspflichten bei Umschuldung **4f 26 f.**
- vorvertragliche Informationspflichten Telefongespräch **4f 24**
- Widerrufsrecht **4f 14**
- Informationspflicht Widerrufsrecht
- Außergeschäftsraumvertrag **3 9 ff.**
- Außergeschäftsraumvertrag, Vertragsklauseln **3 26**
- Automatisierte Entscheidungsfindung **3 18**
- Barrierefreiheit **3 32 f.**
- Erinnerungspflicht **3 37 ff.**
- Fernabsatzvertrag **3 9 ff.**
- formale Anforderungen **3 30 ff.**
- Form Vertragsbedingungen **3 34**
- Gesamtpreis **3 18**
- Informationen zum Unternehmer **3 13 ff.**
- Informationen zum Widerrufsrecht **3 23 ff.**
- Informationen zur Finanzdienstleistung **3 16 ff.**
- Informationen zu Vertragsklauseln **3 23 ff.**
- Kommunikationsmittel **3 15**
- Kündigung **3 25**
- Mindestvertragslaufzeit **3 25**
- Ökologische oder soziale Faktoren **3 22**
- Ökologische oder soziale Ziele **3 22**
- Rechtsbehelfe **3 27**
- Schlichtung **3 35 f.**
- Spezielle Risiken **3 20**
- Sprache **3 25, 32**
- Subsidiarität **3 12**
- Vertragsschluss am Telefon **3 28 f.**
- Inkasso
- Ratenzahlung **4e 66**
- Irreführung **1 39, 5 41 ff.**
- Jahreszinssatz, effektiver; missbräuchlicher
- s. Effektiver Jahreszins, missbräuchlicher **4b 93**
- Kaskadenverweis
- Widerrufsfrist **4g 36**
- Kauf auf Rechnung **4d 1, 4e 14 ff.**
- Kaufentscheidung **1 14 ff.**
- Kennzeichnung **1 17**
- Kilometerleasing **4e 51 ff.**
- Formvorschriften **4e 53**
- Widerrufsrecht **4e 53**
- Kleinstdarlehen **4a 16 ff.**
- Kleinstunternehmen **4a 23**
- KMU **4a 23**
- Kommunikationsmittel
- elektronisches **2 32 f.**

Konsum

– nachhaltiger 18

Konsum, nachhaltiger 18

Kopplungsgeschäfte, Verbot von 4b 105

– Ausnahmen 4b 110 ff.

– Bündelungsgeschäft 4b 109

– Europarechtliche Grundlage 4b 105

– Finanzdienstleistungen 4b 107 f.

– Finanzprodukte 4b 107 f.

– Fortgeltung des Darlehensvertrags  
4b 115

– Kopplungsgegenstände 4b 107

– Kopplung (strukturelle Voraussetzungen)  
4b 109

– Nichtigkeit des gekoppelten Geschäfts  
4b 115

– Normzweck 4b 106

– Parteien des Kopplungsgeschäfts  
4b 109

– Rechtliche Verknüpfung 4b 109

– Rechtsfolgen bei Verstoß 4b 115

– Überblick 4b 105 ff.

– Umfang des Verbots 4b 107 ff.

– Zahlungs- oder Sparkonto 4b 111 ff.

– Zusatzleistung 4b 109

Kreditkarte

– Zahlungsaufschub 4e 57 ff.

Kreditvertrag

– Begriff 4a 9 f.

Kreditwürdigkeitsprüfung 4a 31, 4d 3,  
5 3, 9, 32 ff., 38

– Abschlussvoraussetzung 4d 8

– besondere Kategorien personenbezogener Daten  
4d 20 f., 43

– Daten aus sozialen Netzwerken  
4d 23, 30, 43 ff.

– Datenbankabfragen 4d 23, 30

– Datenschutz, BDSG 4d 39 ff.

– Datenschutz, DS-GVO 4d 18 ff.

– Durchführung 4d 16

– Finanzielle Schwierigkeiten, Verfahren  
und Strategien 4d 37

– geduldete Überziehungsmöglichkeit  
4c 71

– Grundsatz der Datenminimierung  
4d 19 ff.

– Kenntnisse und Fähigkeiten 4d 33 ff.

– mehrere Darlehensnehmer 4d 17, 27

– Nettodarlehensbetrag, Erhöhung  
4d 15, 28 f.

– Pflicht zur 4d 6

– Verfahren und Angaben 4d 32

– Verweis an Schuldnerberatungsdienst  
4d 10 ff., 38

Kreditwürdigkeitsprüfung, automatisier-  
te

– Informationspflicht nach Ablehnung  
4d 51 f.

– Rechte und Pflichten 4d 46 ff.

Kundenzufriedenheit 124

Kündigungsbutton 2 2 f.

– Vergleich mit dem Widerrufsbutton  
2 50 ff.

Kurzfristige Darlehen 4a 18 ff.

Kurzlaufzeit-Darlehensverträge

– Widerrufsrecht 4g 7, 12

Lauterkeitsrecht 139

Leasing 4e 4, 30 ff., 36 ff.

– Finanzierungsleasing 4e 40 ff., 56

– Formvorschriften 4e 38

– Kilometerleasing 4e 51 ff.

– Kreditwürdigkeitsprüfung 4e 39

– Kündigung, ordentliche 4e 37 ff.

– Null-Leasing 4e 48 ff.

– Operating-Leasing 4e 54 f.

– Option auf Erwerb 4e 31 ff.

– Sale-and-Lease-back-Verträge 4e 56

Leasingvertrag 4a 19, 36

Lebensdauer

– Software 131

Legal Guarantee 124

Lieferoptionen 140

– umweltfreundliche 140

MaRisk

– finanzielle Schwierigkeiten 4c 13

Mietvertrag 4e 31

Mitteilung 117

## Stichwortverzeichnis

---

Nacherfüllung **6** 6 ff.

- Bereitstellung von Ersatzwaren **6** 95 ff.
- Bereitstellung von überholten Waren **6** 95 ff.
- Hemmung der Verjährung **6** 10 ff.
- Informationspflicht **6** 88
- Reparatur **6** 87
- Reparaturanspruch **6** 6 ff.
- Verjährung **6** 9 ff.
- Wahlrecht **6** 8

Nachsicht, angemessene

- bei Gesamtfälligkeit (Teilzahlungsdarlehen) **4c** 40
- Einflussfaktoren und Ziel **4c** 33 ff.
- Folgen **4c** 39
- Kreditwürdigkeitsprüfung **4c** 39
- Lebenshaltungskosten **4c** 33
- Menschenwürde **4c** 33
- Nachsichtsmaßnahmen **4c** 36 ff.
- Positivprognose **4c** 35
- Richtlinie **4c** 32
- Strategien und Verfahren **4c** 32

Nachsichtsmaßnahmen **4c** 36 ff.

Nettodarlehensbetrag

- deutliche Erhöhung **4d** 15, 28 f.
- erneute Kreditwürdigkeitsprüfung **4d** 15, 28 f.

New Green Deal **1** 14 ff.

Null-Leasing **4e** 48 ff.

- Formvorschriften **4e** 50
- Widerrufsrecht **4e** 50

Null-Prozent-Finanzierung **4a** 13, **4e** 12

Objektive Anforderungen

- Softwareaktualisierung **1** 33

Ökodesign-Richtlinie **6** 16

Ökodesign-Verordnung **6** 16

Online-Verbrauchercredit **4a** 1

Operating-Leasing **4e** 54 f.

- Formvorschriften **4e** 55
- Mietrecht **4e** 55
- Widerrufsrecht **4e** 55

Option auf Erwerb **4e** 31 ff.

Optionen, auswählbare

- Anforderungen für Verwendung **4b** 44 ff.
- Anwendungsbereich **4b** 33 ff.
- Begrifflichkeit **4b** 34
- eindeutiges und unmissverständliches Einverständnis **4b** 51 ff.
- Einholung von Nebenerklärungen **4b** 42
- Europarechtliche Grundlage **4b** 31
- Hinweis auf Inhalt und Wesensgehalt **4b** 47 ff.
- Hinweispflicht des Darlehensgebers **4b** 45 ff.
- Normzweck **4b** 31
- Rechtsfolgen bei Verstoß **4b** 52 ff.
- Regelungsbedürfnis **4b** 35
- Überblick **4b** 31 f.
- unzureichende Zustimmungserklärung **4b** 55
- Vereinbarung einzelner Vertragspflichten **4b** 39 ff.
- Vereinbarung von Zusatzleistungen **4b** 43
- Verstoß gegen Hinweispflicht **4b** 54
- Vertragsschluss im Ganzen **4b** 38
- Verwendung zum Vertragsschluss **4b** 37 ff.
- voreingestellte Optionen **4b** 56 f.
- Zustimmung des Verbrauchers **4b** 45 ff.

Option zum Erwerb **4e** 41, 46

Personenbezogene Daten **5** 3

- besondere Kategorien **5** 31

Pflichtinformationen

- Rechtsfolgen von Verstößen **4g** 35 ff.
- Widerrufsfrist **4g** 33, 35 ff.

Plattformen **4e** 28 f.

Preisangabenverordnung

- Reparaturkosten **6** 74

Privacy by Design **1** 13

Produktbeschreibung **1** 34

Produktverpackung **1** 34

- Profiling **4a 16**
- Informationspflichten Verbraucherdarlehensverträge **4f 18**
- vorvertragliche Informationspflicht Verbraucherdarlehensverträge **4f 18**
- R2R **6 1 ff.**
- Ratenlieferungsverträge **4e 77**
- Rechtsfolgen des Widerrufsrechts **4g 73**
- Widerrufsrecht **4g 71 ff.**
- Ratenzahlung
- Inkasso **4e 66**
- Referentenentwurf
- Recht auf Reparatur **6 5**
- Registerpflicht **5 46 ff.**
- Reparatur
- Gewährleistungszeitraum **6 87**
- Haftungszeitraum **6 87**
- Informationen **1 35 ff.**
- Kosten **1 36**
- Reparatur, Recht
- Abweichende Vereinbarungen **6 81**
- Außerhalb des kaufrechtlichen Gewährleistungsregimes **6 13 ff.**
- Defekt **6 23**
- Kaufrechtliches Gewährleistungsregime **6 6**
- Referentenentwurf **6 5**
- Sonstige Förderungsmaßnahmen **6 100 f.**
- Reparaturbedingungen **6 59 ff.**
- Bereitstellung überholter Waren **6 67**
- Bereitstellung von Ersatzwaren **6 66**
- Dauer der Reparatur **6 63 ff.**
- Kosten der Reparatur **6 60 ff.**
- Reparaturinformationen **1 39**
- Reparaturinformationen, europäisches Formular **6 3, 17 ff.**
- Abweichende Vereinbarungen **6 35**
- Bedingungen **6 20 ff.**
- Bereitstellung **6 29 ff.**
- Diagnoseleistungen **6 33 f.**
- Form der Bereitstellung **6 29 ff.**
- Freiwilligkeit **6 18**
- Geltungsdauer **6 24 f.**
- Inhalt **6 20 ff.**
- Legaldefinition **6 19**
- Vermutung der rechtskonformen Information **6 27 f.**
- Zeitpunkt der Bereitstellung **6 29 ff.**
- Reparatur-Richtlinie
- Mangelbegriff **6 91 ff.**
- Maßnahmen zur Förderung der Reparatur **6 106 ff.**
- Nacherfüllung **6 6 ff.**
- Rechtsdurchsetzung **6 109 f.**
- Reparaturanspruch **6 6 ff.**
- Reparaturverpflichtung **6 3**
- Anwendungsbereich **6 39 ff.**
- Ausschluss **6 70 ff.**
- Behinderungsverbot **6 78 f.**
- Bereitstellung überholter Waren **6 67**
- Bereitstellung von Ersatzwaren **6 66**
- Dauer **6 48 ff.**
- Dauer der Reparatur **6 63 ff.**
- Gesetzlicher Anspruch auf Reparatur **6 37**
- Gesetzliches Schuldverhältnis **6 37, 51 ff.**
- Hersteller **6 36 ff.**
- Kosten der Reparatur **6 60 ff.**
- Persönlicher Anwendungsbereich **6 43 ff.**
- Preisgestaltung **6 68**
- Rechtsdogmatische Einordnung **6 51 ff.**
- Reparaturbedingungen **6 51 ff.**
- Richtpreise **6 73**
- Sachlicher Anwendungsbereich **6 39 ff.**
- Umfang **6 48 ff.**
- Reparaturvertrag **6 14**
- Rechtliche Einordnung **6 14**
- Vorvertragliche Informationspflichten **6 15**
- Reparierbarkeit **1 35 ff., 6 16**
- Anforderungen **6 16**
- Informationspflicht **1 35 ff.**
- Reparierbarkeit, Anforderungen **6 16**

## Stichwortverzeichnis

---

- Reparierbarkeitsindex 1 37  
Reparierbarkeitsklasse 1 37  
Reparierbarkeitswert 1 35 ff.  
Restschuldversicherungsvertrag 5 60  
Richtpreise 6 73  
– Reparaturverpflichtung 6 73  
Right to be forgotten / Recht auf Vergessenwerden 5 6, 12, 60  
Rückzahlung, vorzeitige  
– Ausgangslage 4c 8  
– außerordentliches Kündigungsrecht 4c 43 f.  
– berechtigtes Interesse 4c 42 ff.  
– Gesamtkostenermäßigung 4c 48 ff.  
– Neuregelungen 4c 41 ff.  
– Überblick 4c 4  
– Vorfälligkeitsentschädigung 4c 54  
Sachkundenachweis 5 5, 10, 46 ff.  
Sachkundeprüfung 5 56  
Sale-and-Lease-back-Verträge 4e 56  
Sanktion 5 1, 16  
Schlichtungsverfahren 5 7, 13, 17  
Schuldnerberatung, leichte Zugänglichkeit 4c 24 ff.  
– Bevölkerungsgruppe 4c 27  
– (durchschnittliche) Wartezeit 4c 27  
– Entfernung 4c 25  
– Kosten 4c 25  
– Sprache 4c 26  
– Verbraucherprobleme 4c 26  
– wirksame Unterstützung 4c 24  
Schuldnerberatungsatlas 4c 23  
Schuldnerberatungsdienst 4c 16 ff., 4d 10  
– Anbieter 4c 18 ff.  
– Beispiele 4d 14  
– Bevölkerungsgruppe 4c 27  
– Definition 4c 17  
– (Durchschnittliche) Wartezeit 4c 27  
– Entfernung 4c 25  
– Finanzielle Schwierigkeiten 4c 11 ff.  
– Kosten 4c 25  
– Professionalität 4c 19  
– Schuldnerberatungsatlas 4c 23  
– Sprache 4c 26  
– Unabhängigkeit 4c 19 f.  
– Unterstützung, wirksame 4c 24  
– Verbraucherprobleme 4c 26  
– Verweisungspflicht Zahlungsrückstand 4c 10 ff.  
– Zugänglichkeit, leichte 4c 24 ff.  
Schwarmfinanzierung 4a 8  
Servicedauer  
– Software 1 31  
Sicherheitsaktualisierung 1 26  
Sicherungsabtretung 4e 21 ff.  
Software  
– Lebensdauer 1 31  
Softwareaktualisierung 1 25 ff.  
– Begriff 1 27  
– Einbeziehungsfolge 1 32 f.  
– Informationspflicht 1 25 ff.  
– Mindestdauer 1 29  
– Objektive Anforderung 1 33  
– subjektive Anforderungen 1 32  
– Vertragsinhalt 1 32 f.  
– Zeitraum 1 30 ff.  
Soziale Netzwerke 5 31  
Stundung 4a 27, 4e 65  
Stundungspflicht  
– eingeräumte Überziehungsmöglichkeit 4c 60  
Teilverkauf 4a 34  
Teilzahlungsgeschäft 4a 37, 4e 69 ff.  
– Kündigung 4e 74  
– Pflichtangaben 4e 76  
– Widerruf 4e 75  
– Zahlungsaufschub 4e 67 ff.  
Telefonwerbung 1 10 ff.  
Textform  
– Formzweck 4b 23  
Textform bei Vertragsschluss  
– Allgemeine Geschäftsbedingungen 4b 24  
– Anforderungen an Vertragsschluss 4b 12 ff.  
– Anforderungen Textform allgemein 4b 9 ff.

- beiderseitige Textform **4b 17**
- Bürgschaft **4b 29**
- dauerhafter Datenträger **4b 9 ff.**
- Erfasste Vertragsbestandteile **4b 22 ff.**
- Europarechtliche Grundlage **4b 7**
- Formzweck **4b 8**
- Inhaltliche Reichweite des Formerfordernisses **4b 21 ff.**
- lesbare Erklärung **4b 9 ff.**
- Mediengleichheit **4b 18**
- Mitverpflichtungen Dritter **4b 27 ff.**
- Praxiserwägungen **4b 19 f.**
- Rechtsfolgen bei Formmängeln **4b 30**
- Schuldübernahme **4b 28**
- Überblick **4b 6 ff.**
- Urkundeneinheit **4b 13 ff.**
- Vertragsänderungen **4b 25 f.**
- Vertragsübernahme **4b 28**
- Tilgungsplan
- Informationspflicht bei Verbraucherdarlehensverträgen **4f 21, 46**
- vorvertragliche Informationspflicht Verbraucherdarlehensverträge **4f 21**
- Überziehung
- regelmäßige **4c 66 ff.**
- Überziehung, erhebliche
- anhaltende **4c 64 f.**
- Überziehungsmöglichkeit
- Ausgangslage **4c 7**
- eingeräumte Überziehungsmöglichkeit **4c 55 ff.**
- geduldete Überziehungsmöglichkeit **4c 61 ff.**
- Neuregelungen **4c 55 ff.**
- Überblick **4c 3**
- Verweisungspflicht Schuldnerberatung **4c 29**
- Überziehungsmöglichkeit, eingeräumte **4c 55 ff.**
- allgemeine Rechtslage **4c 58**
- Informationspflicht bei eingeräumter Überziehungsmöglichkeit **4c 56**
- Informationspflicht bei (Teil-)Kündigung **4c 59**
- Kündigungsrecht Darlehensgeber **4c 57**
- Stundungspflicht vor Zwangsvollstreckung **4c 60**
- Überziehungsmöglichkeit, geduldete **4c 61 ff.**
- Beratungsangebot **4c 66 ff.**
- Bereichsausnahmen **4c 69 f.**
- Entsprechungen **4c 69 f.**
- Informationspflicht bei anhaltender erheblicher Überziehung **4c 64 f.**
- Informationspflicht bei geduldeter Überziehungsmöglichkeit **4c 62 f.**
- Kreditwürdigkeitsprüfung **4c 71**
- Umschuldung **4a 28**
- Unabdingbarkeit **5 1, 14**
- Unentgeltlichkeit **4a 12 ff.**
- Unwirksamkeit **5 14**
- Update **1 25 ff.**
- Updatezeitraum
- Bestimmung **1 30 ff.**
- Verbraucher
- Begriff **4a 9 f.**
- Verbraucherbauverträge **4g 5**
- Verbraucherdarlehen
- Begriff **4a 2**
- Verbraucherdarlehensvertrag
- Abschlussverbot § 18a KWG **4d 26**
- Abschlussverbot § 505a BGB nF **4d 9**
- Anwendungsbereich **4a 1 ff.**
- Informationspflichten **4f 1 ff.**
- Inhalte bei Umschuldung **4f 44**
- Inhalte bei Verträgen mit Zusatzleistungen **4f 45**
- irreführende Werbung **4f 63 ff.**
- Pflichtangaben Werbung **4f 64 ff.**
- Vertragsinhalte **4f 32 ff.**
- Verbraucherdarlehensverträge, unentgeltliche
- verbundene Verträge **4g 57**
- Widerrufsfrist **4g 34**
- Widerrufsrecht **4g 11, 13 f.**

## Stichwortverzeichnis

---

- Verbrauchercredit-RL **4g** 1, 5 1 ff.  
Verbraucherschutzgesetz **5** 18  
Verbundene Verträge **4e** 46  
– Widerrufsfrist **4g** 36  
Verordnungsermächtigung **5** 56  
Verpackung **1** 24, 34  
Versandmöglichkeiten **1** 40  
Verstoß **5** 16  
Vertragsinhalt  
– Softwareaktualisierung **1** 32 f.  
Vertragsinhalte Verbraucherdarlehensvertrag **4f** 32 ff.  
Vollautomatisierte Entscheidungssysteme **4a** 21  
Vollharmonisierung **4a** 5  
Vorfalligkeitsentschädigung **4c** 54  
  
Waren  
– Verpackung **1** 24  
Warenkaufrichtlinie  
– Änderungen **6** 4, 82 ff.  
– Gewährleistungszeitraum **6** 84  
– Haftungszeitraum **6** 84  
– Mangelbegriff **6** 91 ff.  
Warenreparatur-Richtlinie **6** 1 ff.  
– Europäisches Formular für Reparaturinformationen **6** 3  
– Gewährleistungsregime **6** 4  
– Gewährleistungszeitraum **6** 84 ff.  
– Haftungszeitraum **6** 84 ff.  
– Nacherfüllung **6** 4  
– Reparaturverpflichtung **6** 3  
– Zielsetzung **6** 2  
Wartungsanleitung **1** 36  
Werbeanrufe **1** 7, 10 ff.  
Werbung **5** 4, 11, 41 ff.  
Wertpapiercredit **4a** 30  
Widerrufsbelehrung **2** 67 f., 86 ff.  
Widerrufsbutton **2** 1 ff.  
– Ablauf **2** 18 ff.  
– Adressat **2** 8 f.  
– Anwendungsbereich **2** 7  
– Beschriftung **2** 19  
– Bestätigung der Abgabe des Widerrufs **2** 38 ff., 81 f.  
– Bestätigung der Informationen des Verbrauchers **2** 37, 83  
– Bestätigung des Eingangs des Widerrufs **2** 43 ff., 84 f.  
– Bezeichnung **2** 10 f.  
– Erweiterung der Informationspflichten **2** 67 f.  
– Informationen des Verbrauchers **2** 21 ff., 78 ff.  
– Kundenkonto **2** 14  
– Lesbarkeit **2** 11  
– Online-Benutzeroberfläche **2** 7, 12  
– Plattform **2** 9  
– Platzierung **2** 12 ff., 72 ff.  
– Praxishinweise **2** 71 ff.  
– Referentenentwurf **2** 6 ff.  
– Richtlinienvorschlag **2** 4 f.  
– Sanktionen **2** 69 f.  
– Schaltfläche **2** 40  
– Umsetzung im deutschen Recht **2** 6 ff.  
– Umsetzung in der Verbraucherrecht-richtlinie **2** 5  
– Vergleich mit dem Bestellbutton **2** 61 ff.  
– Vergleich mit dem Kündigungsbutton **2** 50 ff.  
– Widerrufsbelehrung **2** 67 f., 86 ff.  
– Widerrufsfrist **2** 48 ff., 88  
– Zeitraum des Vorhaltens **2** 15 ff., 76 f.  
Widerrufserklärung **4g** 9, 46 ff., 80  
– Form **4g** 9, 46 ff.  
– Rechtsfolgen eines Formverstößes **4g** 47 f.  
– richtlinienwidrige Umsetzung **4g** 47 f.  
Widerrufsfrist **4g** 33 ff.  
– Beginn **4g** 33 f.  
– Erlöschen des Widerrufsrechts **4g** 2, 10, 38 ff., 78  
– Finanzierungshilfen **4g** 68  
– Kaskadenverweis **4g** 36  
– Pflichtinformationen **4g** 33  
– regelmäßige **4g** 9

- unentgeltliche Verbraucherdarlehensverträge **4g 34**
- verbundene Verträge **4g 36**
- Verlängerung **4g 33**
- Widerrufsfunktion
- Elektronisches Kommunikationsmittel **2 31 ff.**
- Identifizierung des zu widerrufenden Vertrags **2 28 ff.**
- Widerrufsmöglichkeit, ewige **3 2 f., 5 ff.**
- Widerrufsrecht
- Anwendungsbereich **4g 12 ff., 76**
- Ausnahmen **4g 7**
- Bagatell-Darlehensverträge **4g 12**
- buy now, pay later **4g 3, 66, 82**
- Dienstleistungen der Informationsgesellschaft **4g 67**
- Erinnerungspflicht Verbraucherdarlehensverträge **4f 14**
- Finanzierungshilfen **4g 63 ff., 82**
- Finanzierungshilfen, unentgeltliche **4g 3**
- Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge **4g 5**
- Informationspflicht Verbraucherdarlehensvertrag **4f 43**
- Kurzlaufzeit-Darlehensverträge **4g 12**
- Pflichtinformationen **4g 77**
- Ratenlieferungsverträge **4g 71 ff., 82**
- Rechtsmissbrauch **4g 10, 52 ff., 79**
- Regelungssystematik **4g 6 ff.**
- Stundungen, unentgeltliche **4g 65**
- unentgeltliche Finanzierungshilfen **4g 11**
- Verbraucherbauverträge **4g 5**
- Verbraucherdarlehensverträge, unentgeltliche **4g 3, 11, 13 f.**
- Verwirkung **4g 10, 50 f., 79**
- Widerrufsrecht, Ausnahmen **4g 15 ff.**
- Überziehungsmöglichkeiten **4g 15**
- Umschuldung **4g 16**
- Widerrufsrecht, Erlöschen **4g 41**
- Finanzierungshilfen **4g 69**
- Informationen zum Widerrufsrecht **4g 42 ff.**
- vollständige Vertragserfüllung **4g 39**
- Voraussetzungen **4g 40 ff.**
- Widerrufsrecht, Erlöschensfrist
- Außergeschäftsraumvertrag **3 5 ff.**
- Fernabsatzvertrag **3 5 ff.**
- Versicherungsverträge **3 8**
- Widerrufsrecht, Informationen
- Datenträger **4g 20, 22**
- Erinnerung **4g 30 ff.**
- Erlöschen des Widerrufsrechts **4g 42**
- Kaskadenverweis **4g 24 f.**
- Muster mit Gesetzlichkeitsfiktion **4g 2, 8, 26 ff., 78**
- Regelungssystematik **4g 18**
- Transparenzanforderung **4g 20**
- Umfang **4g 23**
- vertragliche **4g 21 ff.**
- vorvertragliche **4g 19 f.**
- Widerrufsrecht, Rechtsfolgen **4g 55 ff.**
- Finanzierungshilfen **4g 70**
- Ratenlieferungsverträge **4g 73**
- Rückabwicklung **4g 81**
- unentgeltliche Verbraucherdarlehensverträge **4g 55**
- verbundene Verträge **4g 56 ff.**
- Widerrufsrecht bei verbundenen Verträgen
- Rechtsfolgen des Widerrufsrechts **4g 56 ff.**
- Regelungssystematik **4g 61**
- Rückabwicklung **4g 62**
- Verbraucherdarlehensverträge, unentgeltliche **4g 57**
- Verlängerung der Widerrufsfrist **4g 59 f.**
- wirtschaftliche Einheit **4g 58**
- Wohnimmobilie **4a 33**
- Wohnimmobilienkredit-Richtlinie **4a 6**
- Zahlungsaufschub **4a 35 f., 4e 11 ff., 67 ff.**
- Zahlungsrückstand
- angemessene Nachsicht **4c 31 ff.**
- Ausgangslage **4c 6**
- Neuregelungen **4c 9 ff.**

Stichwortverzeichnis

---

– Überblick **4c** 2

– Verweisungspflicht Schuldnerberatung **4c** 10 ff.

Zufriedenheitsgarantie **1** 24